

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

48 (26.2.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsdruckerei Gerd & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Rezension, Legte Post, Feuilleton und Unterh. Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Siegler in Karlsruhe.

Vor sechzig Jahren.

Extrablatt zur „Kölnischen Zeitung“.

Köln, Samstag, 26. Februar 1848.
Abends 7 Uhr.

Revolution in Paris. Die Republik proklamiert.

Wir erhalten soeben Berichte aus Paris vom 24. Febr., wonach an jenem Tage dort eine förmliche Revolution ausgebrochen ist. Es sollte ein Ministerium gebildet werden, mit den Herren Odilon Barrot und Thiers an der Spitze, doch wollte man sich damit nicht zufrieden geben. Der König hat zugunsten des Grafen von Paris mit der Regentenschaft der Herzogin von Orleans abzutreten wollen; auch das wurde zurückgewiesen.

Die Tuilleries wurden verwüstet. Die königliche Familie befindet sich auf der Flucht. — Die Republik ist proklamiert. — Eine provisorische Regierung ist gebildet. Zwei Proklamationen sind erschienen. Die eine beginnt mit den Worten:

„Keine Bourbonen mehr! — Es lebe die Republik! — Nationalversammlung! — Provisorische Regierung!“

Die provisorische Regierung besteht aus folgenden Personen: Arago, Ledru-Rollin, Marie, Dupont (de l'Eure), Lamartine (Deputierter), Armand Marrast (Redakteur des „National“), Fred. Flocon (Redakteur der „Reform“), Albert (Arbeiter).

Das Nähere, sowie die heute Nacht etwa eingehenden Berichte teilen wir in einer zweiten Ausgabe der Sonntagsnummer mit.

Das Recht auf Arbeit.

Ein Erlebnis von Arbeitersekretär Franz (Frankfurt a. M.).

21. Februar 1908, 1/2 12 vormittags. Der große Wartesaal des Frankfurter Arbeitersekretariats ist von Menschen überfüllt. Weit über 30 000 Besucher jährlich erwarten von uns eine energische Vertretung im Kampfe um ihr Recht. Ich bin eben damit beschäftigt, mir zu einer Referschrift die nötigen Aufzeichnungen zu machen, um einem auf dem Schlachtfelde der Arbeit zum Krüppel gewordenen die künftige Rente zu sichern. Noch betrachte ich die grauenerregende Verstimmlung. Die Türe wird aufgerissen, und eine total verlumpte Gestalt, die ohne weitere Maskierung in Gorkis Nachtschl aufzutreten kann, stellt sich vor mich hin. Kein Gruß, keine Anrede, den Blick zu Boden gesenkt. Was führt Sie her? Der junge Mann hebt den Kopf und leise schluchzt er: „Ich bins, erkennen Sie mich nicht mehr?“ Was ist das? Diese Stimme — In dem abgerissenen Landstreckenproletarier erkenne ich mühelos den früheren Justizaktuar B. von Konstanz. Es kam, wie es kommen mußte.

Und das ging so zu: B., der Sohn eines kleinen Handwerkers, war beim Amtsgericht Konstanz Inzident. Nach Ablegung der Aktuarsprüfung wurde er nach langem Warten, im Jahre 1905 bei einem kleineren Amtsgericht als Aktuar ausübungsweise verwendet. Nach Beendigung dieses Provisoriums kehrte B. wieder an das Konstanzger Amtsgericht zurück, um dort, ohne einen Pfennig Gehalt zu beziehen, seinem vermögenslosen Vater die Füße unter den Tisch zu strecken. In der Amtssprache nennt man das „kolonieren“. Ein Aktuar ist ja ein großer Herr, der nach Ansicht gewisser Leute von der Luft leben kann, wenn seine Angehörigen ihn nicht durchsüttern können. Kaum wieder in Konstanz angelangt, erschien ein Erlaß des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, „den Aktuar B. betr.“. Ich habe dieses Dokument von badischer Beamtenbehandlung selbst in Händen gehabt und gelesen. Es hieß da: „Nach dem Bericht des Hr. Amtsgerichts Mth. vom . . . hat Aktuar B. während seiner Verwendung dortselbst dienstlich nicht genügt. (Hat B. vielleicht Gelegenheit gehabt, sich gründlich auszubilden, oder mußte er eine Schreibkraft ersetzen? D. Verf.), insbesondere hat er flüchtig gearbeitet. Außerdem soll er den größten Teil seines Verdienstes in Alkohol umgesetzt haben. Wir werden deshalb von einer Verwendung des B. vorläufig Umgang nehmen. Dies ist dem B. zu eröffnen.“

So, Herr Justizaktuar! Der Bericht des Amtsgerichts Mth. stammte aus der Feder eines jungen Referendärs, der den Wirtschaftsbefuch seines Schreibers offenbar genau

kontrolliert hat und sich seiner eigenen Käusche als Student wohl nicht mehr erinnern kann. B. kam in hochgradiger Aufregung und bestritt die Richtigkeit der Beschuldigungen, insbesondere den Alkoholmißbrauch. In einer an das Ministerium gerichteten Eingabe bezeichnete B. den Ratsschreiber des Orts als Zeugen dafür, daß er solid gelebt habe. B. hatte bei demselben logiert. Diese Eingabe, in welcher er sich gegen den Vorwurf des Alkoholmißbrauchs wehrte, ist von dem Herrn Dienstvorstand nicht vorgelegt, sondern ihm kurzer Hand zurückgegeben worden, mit dem Bemerkten: „Solche Eingaben lege er nicht vor, B. mache dadurch die Sache nur schlimmer.“

Nach monatelangem Harren wandte sich der Vater des B., der absolut nicht mehr in der Lage war, den Unterhalt seines Sohnes zu bestreiten, an den Großherzog. Ein wohlwollendes Handschreiben des Fürsten traf nicht ein, aber ein scharfer Erlaß des Justizministeriums an B. war die Folge. Der Herr Dienstvorstand nannte das Verfahren des unglücklichen Vaters „unerhört“. (Wörtlich!) B. bekam nun erst recht keine Beschäftigung. Er wollte nun wenigstens für seine Dienste aus dem Defizitenabersum einige Bettelpfennige ergattern. Der Herr Dienstvorstand erklärte jedoch, das Abersum sei für Inzidenten da, nicht für Aktuare. Eine ganz irrige Ansicht, aber was tun? Der Vater des B. schimpfte, schluchzte, tobte, überschüttete den „Gaulenzer“ mit Vorwürfen. Die Witte packte den jungen Mann und er reichte sein Entlassungsgeßuch ein, nachdem man ihm zuvor ein auf die Dauer eines Jahres eingereichtes Urlaubsgeßuch abgeßchlagen hatte. Ein solches Angeßhen der Hungerkandare ist im Post-, Eisenbahn- und Finanzdienst unbekannt.

Nun war B. entlassen. Er hatte sich in den Kopf gesetzt, Journalist zu werden. Dazu fehlte ihm nicht weniger als Alles. Der Versuch scheiterte jämmerlich. Die Messe ging los und die übliche Karriere aus Inwaltschreiber war das Ende. Die traurigste Kaufbahn, die man sich denken kann. Von hier aus auf die Landstraße ist ein ganz kleiner Schritt. Der wurde notwendigerweise getan.

In der Budgasse in Frankfurt a. M. sitzt in der Schreibstube für stellenlose Kaufleute ein Opfer des bekannten „Wohlmollens“. Vermutliches Ende: Arbeitshaus Rißlauf!

Deutsche Politik.

Freisinnige Arbeiter gegen den Block.

Der angeforderte fortschrittliche Arbeitertag hat am Sonntag in Essen a. d. R. stattgefunden.

Anwesend waren etwa 30 Vertreter der Girsch-Dunderdörfer Gewerkschaften und ebenso viele Delegierte der linksliberalen Arbeiterorganisationen. Die Freisinnige Vereinigung war durch den Abg. Potthoff, die Freisinnige Volkspartei durch den Parteisekretär Ebel-Verlin vertreten. Das Referat über die „politische Lage und die Arbeiterschaft“ hielt der Parteisekretär der Freisinnigen Vereinigung Poersch-Düsseldorf. Er beschäftigte sich in seinem Vortrage fast ausschließlich mit der Blockpolitik, die er mit auffallender Schärfe als einen jaderen Fehler der freisinnigen Parteien tadelte. . . . Reichstagsabgeordneter Potthoff erklärte, die Minderheit, die nicht auf den Block schwöre, sei in der liberalen Fraktionsgemeinschaft im Wachsen begriffen, und es werde die Zeit kommen, wo diese Minderheit sich zur Mehrheit wandle. Heute wolle man die Fraktionsgemeinschaft nicht sprengen, deswegen habe sich die Minderheit gefügt.

Eine Entschließung der Versammlung verlangt: 1. eine energische Propaganda für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen, 2. die Ablehnung des § 7 des Vereinsgesetzes und 3. die Ablehnung jeder weiteren indirekten Steuer. Die Delegierten erklärten ferner die linksliberalen Fraktionen, für einen gesetzlichen Maximalarbeitstag einzutreten, für einen gesetzlichen Schutz der Arbeiter in den Gütten und Walzwerken und für eine gesetzliche Regelung des Pensionskassenwesens. Schließlich erjudt der Arbeitertag um Ablehnung des Gesetzes über die Arbeitskammern in seiner jetzigen Fassung.

Man sieht aus diesen Beschlüssen, daß die sozialdemokratische Propaganda auf die Girsch-Dunderdörfer Arbeiter doch schon einigermaßen belehrend gewirkt hat.

Dernburgs scharfe Kritik der bisherigen Kolonialwirtschaft.

hat den heftigen Zorn gerade jener Gruppen herborgerufen, die vor einem Jahre den jetzt amtierenden Kolonialsekretär als Retter begrüßten. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“

die „Hamburger Nachrichten“, die „Tägliche Rundschau“ und ähnliche Blätter holen alle alte Phrasen aus der vorjährigen Wahltagitation hervor, um sie Herrn Dernburg an den Kopf zu werfen. Beispielsweise schreibt das erstgenannte Blatt:

Wozu hat Deutschland Kolonialpolitik getrieben? Um einige Millionen Vantis, Hottentotten, Massais als „Brüder“ und „Volksgenossen“ „zur Besserung seiner Rasse“ zu erwerben? Wozu sind alle die Pioniere nach Afrika gezogen, wozu haben in Südwest an 2000 Deutsche ihr Leben gelassen? Um die lieben fittsamen Hereros vor den niederträchtigen weißen Händlern zu retten? Wozu verwalten wir seit 20 Jahren unsere Schutzgebiete? Damit demnächst Negers, Kavas, Indier und andere minderwertige Völker unsere Pflanzungen und Beamten vor Gericht als gleichwertig gegenüberstehen? Wozu hat das deutsche Volk die hunderte von Millionen für Kolonien ausgegeben? Daß Indier und Griechen dort Geschäfte machen und der Deutsche chikanieren wird? Die Frage stellen heißt sie verneinen.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ faßt ihr Urteil dahin zusammen:

So lehnen wir die Dernburgsche Regerebegleitung ebenso ab, wie sein ganzes Programm. Es muß festgehalten werden an den alten Grundlagen unserer Politik, die darauf ausgeht, den Weissen als Sauerteig in den schwarzen Brei hineinzubringen. Wir können nicht 200 Jahre warten, bis nach Dernburg die Regere durch vorsichtige Arbeit des Gouverneurs uns nahegebracht sind. Wir müssen mit beiden Füßen in das Neue, das die Kultur bringt, hinein, und die Leute finden sich sehr gut damit ab.

„Kultur“ heißt in Dertels Sprachgebrauch Sklaverei der schwarzen Landarbeiter drüben, der weissen hieben. Die fittliche Entrüstung derer, die für ihren Profit fürchten, ist allgemein.

Resultat: 0,0.

Zur Reichsfinanzreform will das „Leipziger Tagebl.“ aus Berlin erfahren haben, daß die Aussprache des Reichsfanzlers mit den stimmführenden Mitgliedern des Bundesrates über die Reichsfinanzpläne am Donnerstag keine positive Resultate ergeben habe. — Dazu bemerkt die in Reichsfinanz-Angelegenheiten meist wohlunterrichtete „Germania“: „Mit dieser Meldung hat es unseres Wissens seine Richtigkeit.“

Ausland.

Frankreich.

Der Prozeß gegen die Confederation der Arbeit hat mit einem Freispruch geendet. Nichtiggestellt sei zunächst ein kleiner Irrtum, der uns in der ersten Notiz hierüber unterlaufen ist. Der von den Angeklagten veröffentlichte Aufruf wendet sich nicht gegen eine der allerdings in Frankreich sehr häufigen Gewalttätigkeiten gegen streikende Arbeiter, sondern betraf jene Vorkommnisse in Narbonne anlässlich der Wingerbewegung. Dort war auf Kommando auf friedliche Demonstrationen geschossen, Kinder, Frauen und Greise getötet worden. Das 17. Linienregiment aber hatte sich geweigert, gegen ihre Landsleute zu marschieren und war in offene Revolte gegen ihre Kommandeure getreten. Von der großen Masse der Bevölkerung wurde dieses Verhalten der Truppen bejubelt und man magte es auch nicht, die Ungehorsamen schwer zu bestrafen; das Regiment wurde bekanntlich nach Algier verückt. Mit Recht konnte Bonzon, einer der Verteidiger, darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Republik ihr Dasein nur solchen „Revoluten“ der Soldaten verdankt. Das „ancien Regime“ sei nur gefallen durch die Mithilfe der revoltierenden Soldaten, die sich weigerten, auf die Bürger zu schießen, die sich vielmehr diesen angeschlossen und mit-halfen, die Bastille, das Bollwerk der absolutistischen Gewaltherrschaft, zu stürmen. In gleicher Weise habe das Militär bei den Revolutionen 1830 und 1848 mitgewirkt. Mit Recht konnte von der Verteidigung auch geltend gemacht werden, daß das Plakat eine antimilitaristische Propaganda und eine Provokation zum Ungehorsam gar nicht enthalte, sondern lediglich die Feststellung einer historischen Tatsache. Der Revolutionär Clemenceau und der ehemalige Generalfreikler Briand wurden von der Verteidigung arg mitgenommen. Unter großer Heiterkeit des Auditoriums verlas der Verteidiger Willm eine Sammel-liste aus dem Jahre 1904, auf der Clemenceau 10 Frank und Briand 2 Frank gezeichnet hatten. Der Zweck dieser Sammlung war, den nach Amsterdam einberufenen antimilitaristischen Kongreß zu unterstützen.

In der Kammer hatte Briand den Prozeß tags zuvor schon halb preisgegeben. Der Genosse Sembat hatte die Regierung interpelliert, wieso von den 77 Unterzeichnern des Plakats nur 12 unter Anklage gestellt seien; er forderte gleiches Recht für alle. Briand lehnte jede persön-

liche Verantwortung ab, nicht er, sondern sein Vorgänger habe ja den Prozeß in die Wege geleitet.

Zehn von den 12 Geschworenen verneinten jegliche Schuldfrage und so mußten die Angeklagten freigesprochen werden. Der Regierung ist es also nicht gelungen, die Führer der Confederation der Arbeit hinter Schloß und Riegel zu bringen; sie werden ihrer Tätigkeit für das Proletariat erhalten. Aber der Freispruch ist noch von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus sehr erfreulich. Es haben sich also 10 Geschworene aus der Bourgeoisie gefunden, die es nicht verbrochen finden, daß Arbeiter, den Soldaten sagen: „Seht nicht auf eure Führer!“ Es ist das ein Zeichen, daß der antimilitaristische Geist Fortschritte macht. Nicht in dem Sinne Herbes, aber die Auffassung, daß die Soldaten nicht dazu da seien, auf die eigenen Landsleute zu schießen, bricht sich doch immer mehr Bahn, der mit ihm ist die Kadomergeraktion geht in Frankreich mehr und mehr in die Breite. Das schließt zwar den unmodernen rückständigen Geist des modernen Militarismus, bedeutet aber durchaus nicht eine Schwächung der Verteidigung des Vaterlandes, die die Gegner eines demokratischen Volksheeres glauben machen möchten.

Spanien.

Ein Volkshaus in Madrid. Die Genossen in Madrid haben den Palast des Herzogs von Bejar für 300 000 Pesetas erworben, um ihn zu einem Volkshaus umzugestalten. Gemessen an der allgemeinen Mittellosigkeit, die in Spanien herrscht, bedeutet dieses eine ungeheuer hohe Summe und bewundernswert ist die Opferwilligkeit, die dazu gehört, sie aufzubringen. Dafür wird die Madrider Arbeiterschaft aber auch alleinige Besitzerin des Gebäudes und damit viel unabhängiger von der Regierung und Behörden, als z. B. die Pariser Genossen, deren Arbeitsbüroe ja bekanntlich der Stadt gehört.

Russien.

Indien und das indische Volk betitelt sich ein vor einigen Monaten in Newyork erschienenen Buch, das einen Zyklus von Vorträgen darstellt, die der Verfasser Abhebananda, ein geborener Indianer, vor dem Institute of Arts and Science in Brooklyn gehalten hat, und die der Abicht entsprungen, seinen amerikanischen Hörern ein wahres Bild von dem indischen Volke, seinem Leben und seiner Bedrängnis durch seine jetzigen Herren zu geben. Die einzelnen Kapitel behandeln die heute in Indien vorherrschende philosophische Anschauung, die Vedantaphilosophie, dann die Religion der Hindu, die nach dem Verfasser weit über allen anderen Religionen der Erde steht, da sie alle in sich begriffe. Ein weiterer Abschnitt betrachtet die politischen Verhältnisse des Landes in jehiger und früherer Zeit, und einer der interessantesten Abschnitte das Erziehungswesen mit einer sehr ausführlichen geschichtlichen Betrachtung des indischen Bildungswesens. Dem Einfluß Indiens auf die westlichen Kulturgebiete und umgekehrt, der Stellung der Frau in der Hindu religion ist ein weiterer Abschnitt des Buches gewidmet. Der Frau wird darin entgegen der landläufigen Ansicht bei uns ein sehr hoher Platz zugesprochen, entsprechend der religiösen Vorstellung, daß Mann und Weib aus zwei an sich völlig gleichen Hälften des schöpferischen Gottes hervorgegangen, also gleichwertig seien. In diesem Artikel behandelt Abhebananda auch die Witwenverbrennung und die Kinderheiraten, von denen wir im Abendlande eine falsche Vorstellung hätten, die er zu berichtigen und aufzuklären versucht.

Es kommt dem Buche zugute, daß es alles vom geschichtlichen Standpunkte aus behandelt, die herrschenden Zustände durch den geschichtlichen Werdegang erklärt, sowohl bei den politischen und sozialen Darlegungen wie auch bei den Erörterungen über das Erziehungswesen. Das Buch enthält sogar einen knappen Abriss der gesamten indischen Geschichte von den Zeiten der indoarischen Urvölkerung an bis auf die Gegenwart. Scharfe Kritik erfährt natürlich die englische Herrschaft in Indien. Seitdem sie besteht, lüchten Hungersnöte das Land heim, während Gesetze die freie Entfaltung des Handels und Wandels der eingeborenen Bevölkerung lähmten. Ganz erbärmlich sei die Erziehung und der Unterricht, den die englische Herrschaft bietet; sie enthalte dem Volke alles vor, worauf es einen Anspruch besitze. Das wird selbst von englischen Autoren zugegeben. Die höchsten Ausgaben betreiben die Herrschenden auf die mili-

tärischen Zwecke. Damit hat der Verfasser natürlich ins Schwarze getroffen. Ein deutscher, sonst sehr sachlicher Kritiker des Buches nennt Abhebanandas scharfe Weisung der englischen Herrschaft und seine Verantwortlichkeit für die Hungersnöte eine abzulehnende, voreingenommene und tendenziöse Kritik, wogegen er die „Ansammlungen an Arbeitskraft und Geld“ hervorhebt, die gerade in bewundernswürdiger Energie für die Bekämpfung der in den natürlichen Verhältnissen des Landes begründeten schrecklichen Hungersnöte aufgewendet hat. Die Hungersnöte beruhen in Indien ebenso wenig in den natürlichen Verhältnissen dieses Landes wie in Rußland, worüber man in dem berühmten Werke von Leroy Beauclieu: „Das Reich des Jaren und die Russen“, und in des bekannten Geographen Bettner Schilderungen: „Das europäische Rußland“, nachlesen kann. Der in Rede stehende Kritiker vergißt wohl auch zu erwähnen, welche Summen bislang die englische Herrschaft aus dem gesegneten und bedauernswerten Indien herausgepreßt hat. Ein derartiger Vergleich dürfte denn doch einigermaßen mehr zugunsten des indischen Verfassers ausfallen, der mit Recht behauptet, daß der Despotismus der englischen Regierung an den in Rußland geübten heranziehe. Für diese und andere Behauptungen bleibt uns der Verfasser allerdings den Beweis schuldig, aber nur, weil er absolut unnötig ist, wie jeder Politiker weiß. Die Anerkennung, die Abhebananda der englischen Herrschaft zollt, ist aber weiter nichts als die historische Erkenntnis, daß jede Gewalt Herrschaft den Geknechteten schließlich selbst die Mittel liefert, die Heffeln zu sprengen. — Das Buch ist außerordentlich lesenswert.

Badischer Landtag. Zweite Kammer.

Sieben Sitzungen nahm die Generaldebatte über das Ministerium des Innern in Anspruch. Die ersten Tage schien es, als ob diesmal die Politik gar keine Rolle in dieser Generaldebatte spielen sollte. Die Erörterungen bewegten sich fast ausschließlich im Rahmen der geschäftlichen Angelegenheiten dieses Ministeriums. Blossig aber bekam die Debatte eine Wendung und am Montag wurde eine politische Schlacht im Parlsruher Rondell ausgefochten, bei der die Gegensätze hart aufeinanderprallten. Gestern Dienstag wurde diese politische Schlacht fortgesetzt und um halb 2 Uhr nachmittags zu Ende geführt. Das Zentrum war auf der ganzen Linie geschlagen und deckte seinen Rückzug mit einer Waldmischelkannone, die nur zu deutlich zu erkennen gab, daß die schwarzen Herrschaften selbst fühlen, wie sehr sie auf diesem Landtag ins Hintertreffen gekommen sind. Genosse Kolb hielt in einer kurzen, aber packenden und sehr sachlich gehaltenen Rede eine Abrechnung mit unsern Gegnern, die im ganzen Hause erstlichlichen Eindruck machte. Zunächst legte er sich mit dem Minister v. Bodman auseinander. Mit Geschick zerpflichtete er dessen Angriffe auf ihn (Kolb) und auf unsere Partei. Er machte dem Minister zum Vorwurf, daß er mit seiner aggressiven Taktik gegenüber der Sozialdemokratie nur die Geschäfte des Zentrums und der Reaktion besorge. Und dann nahm Genosse Kolb dem Zentrum die Maske herunter, indem er unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses die jesuitischen Kniffe des Zentrums bei den Stichwahlen beleuchtete.

Die Rede Kolbs hat gewirkt, das bewies die Antwort des Herrn Kopff, der geradezu halsbrecherische Anstrengungen machte, um den Eindruck der Kolbschen Rede zu verewisfen. Gelungen ist ihm das nicht. Am Schluß der Sitzung kam es noch einmal zu scharfen Zusammenstößen, wobei sich „Vater Waldmichel“ zu einer groben Beleidigung verließ. Wer sich so bereißen muß, hat die Schlacht verloren. In der Tat ist dem Zentrum das Konzept diesmal gründlich verdorben worden. Alle Komplimente und Empfindungen nach der Regierungsbank haben ihre Wirkung verfehlt. Man wollte die Sozialdemokratie wieder einmal niederreiten und auf den Jolierhügel setzen. Mit großem Geschick haben aber die Angegriffenen die gegen sie geführten Schläge pariert und das Ende vom Liede war, daß die Herrschaften vom Zentrum mit eingedrückt Zylinderhüten das Kampffeld verlassen mußten. Selbst der Minister hat, wenn auch nur vorsichtig, ein-

gelenkt. Dem Zentrum aber wurde ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht. Wir können mit dem Erfolg dieser Debatte voll und ganz zufrieden sein.

(37. Sitzung.)

Karlsruhe, 25. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9.20 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte über das Budget des Innern.

Abg. Keiser (natl.) wünscht, daß die Bezirkebeamten längere Zeit in ihrer Stellung belassen werden. Er tritt des Weiteren für bessere Bezahlung der Ratsschreiber ein. Ein bezüglicher Antrag würde an das Haus gelangen. Die Statistik der städtischen Beschuldigung sei nicht zuverlässig. Die Beiträge der Ratsschreiber zur Fürsorgekasse sollten auf die Staatskasse übernommen werden. Die Erweiterung der Befugnisse der Landesfleischbeschauer sei erwünscht. Bezüglich des ländlichen Kreditwesens ist Redner der Ansicht, daß der junge Anführer, der Datschen aufnimmt, diese auch bei Begehren tilgt.

Abg. Kolb (Soz.):

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, mich zum Worte zu melden, da mich aber der Herr Minister v. Bodman in seiner gestrigen Rede mehrmals ausdrücklich apostrophierte, kann ich nicht umhin, ihm darauf zu erwidern.

Zunächst möchte ich betonen, daß ich noch keine Debatte hier im Landtage erlebt habe, bei der alles so auf den Kopf gestellt wurde, als bei dieser. So hat der Herr Minister beliebt, damit zu operieren, den Abg. G. d., der sonst als sog. „Modifiker“ bezeichnet ist, als „Revisionisten“ hinzustellen und mich, der ich im Grunde des „Revisionismus“ stehe, der „radikalen“ Bestrebungen zu zeihen. Der Herr Minister hat besonders abgehoben auf meine damalige Rede im Kolosseum, die die Ereignisse in Rußland behandelte.

Es muß berücksichtigt werden, daß solche Versammlungsreden in den Zeitungen ja nicht stenographisch wiedergegeben werden, sondern nur dem Sinne nach. Ob ich nun die Rede wende: „Wir müssen mit der Regierung ruffisch reden!“ wirklich gebraucht habe, weiß ich heute nicht mehr. Aber ich will annehmen, daß ich diesen Satz gesprochen habe. Man darf mir aber glauben, daß ich denselben nicht so verstanden wissen will, als ob wir jetzt mit Bomben und Straßenrevolution antworten müssen. Dieser Satz konnte nur in dem Sinne verstanden werden, daß wir eben etwas energischer unsere berechtigten Forderungen vertreten werden.

Die russische Revolution geht übrigens nicht lediglich vom Proletariat aus, sondern es befinden sich in den Reihen der Revolutionäre die sogenannten Intelligenz, Beamte, Ärzte, Studenten usw. Ich bin eine impulsive Natur und stand eben damals unter dem Einflusse der revolutionären Ereignisse in jenem Lande. Ich mache mir Stichworte und präpariere meine Reden nicht wörtlich, wie das viele andere machen. Würde ich das tun, so hätte ich wohl eine andere Rede wagen können. Wenn man sagt: Wir Sozialdemokraten würden draußen eine andere Sprache führen, wie hier in der Kammer, so will ich das ohne weiteres zugeben. Das machen aber nicht nur Abgeordnete von uns, sondern auch Angehörige der bürgerlichen Parteien. Diese führen z. B. bei Besprechung des Gehaltsstarfes in den Versammlungen auch eine andere Sprache, als hier, schon mit Rücksicht auf die Glode des Präsidenten.

Ich will anerkennen, daß die Polemik des Herrn Ministers gegen unsere Partei in der Form nicht verlegend ist und er auch ehrlich genug war, einen zu unrecht erhobenen Vorwurf gegen uns nachträglich zurückzunehmen. Aber immerhin muß die Art des scharf pointierten Auftretens gegen uns auffallen.

umso mehr, da er doch ein liberaler Minister ist und kein Zentrumminister. Durch die Art seines Auftretens gegen uns hat nur das Zentrum Vorteil. Ferner hat die Polemik gegen uns bewiesen, daß der Herr Minister noch sehr mangelhaft über die Ziele der Sozialdemokratie unterrichtet ist. Er hat z. B. gesagt: „Ihr seid ja nicht so sehr mangelhaft unterrichtet.“ Ich muß aber da entgegenhalten, daß diese Prosche z. T. auch in unseren eigenen Reihen auf Widerspruch gestossen ist. Derartige Ueberrungen Einzelner sind theoretische Betrachtungen aus der Studierstube, die für die praktische Be-

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

9) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Immerhin, befragen müssen wir es,“ erklärte der Assessor. „Man kann gerade nicht wissen, ob wir nicht dadurch auf eine Spur kommen. Kennen Sie das Kind?“

„Es kam mir allerdings bekannt vor, aber da der Mond eben hinter einer Wolke stand, konnte ich nur die dunklen Umrisse der Gestalt erkennen. Ich bemerkte nur, daß es einen Mantel oder Ueberwurf über sich trug.“

„Nun, ich denke, es wird uns nicht schwer werden, es ausfindig zu machen,“ bemerkte Krüger befriedigt. „Ich glaube ja nicht, daß es Dinge von besonderer Wichtigkeit zu melden haben wird, aber hören wollen wir sein Zeugnis doch. Eine scheinbar ganz unerhebliche Beobachtung gewinnt in der Folge manchmal die höchste Bedeutung. Bitte, Herr Kommissar, fragen Sie doch einmal unter den Leuten hier herum — vielleicht erfahren wir, wer das Kind gewesen ist.“

Kommissar Wulff entfernte sich bereitwillig, um den Auftrag des Staatsanwaltsbeamten auszuführen. Letzterer kam nunmehr auf die Persönlichkeit der Klavierspielerin zurück.

„Sie hatten vorhin ein „aber“ in Verzeitschaft, als von diesem Fräulein — wie war ihr Name?“

„Otilie Hilpert.“

„Wichtig — als von Otilie Hilpert die Rede war, Frau Claude. Sie scheinen also mit der Auffassung Ihres Mannes in Bezug auf den Charakter des Mädchens nicht einverstanden?“

„O doch,“ entgegnete Mutter Claude einigermaßen verwirrt, „ich kann Lilly nichts Unrechtes nachsagen.“

„Die Wahrheit zu sagen,“ bekannte ihr Mann mit einem Lächeln, „meine Frau war ein wenig eifersüchtig auf das arme Mädchen, obgleich weder dieses noch ich ihr je Veranlassung gegeben. Es ist das einmal ihr Fehler, sie liebt mich zu sehr und kann es nicht ertragen, wenn ich auch nur freundlich mit einem weiblichen Wesen spreche. Es klingt das bei unserem Alter

merkwürdig, mein Herr, aber wir leben tatsächlich noch wie Brautleute so innig, deshalb nehme ich es dem Mutterchen nicht übel. Sie dürfen deshalb nicht geringer von ihr denken.“

Der Assessor lächelte ein wenig.

„Behüte, daß ich es täte,“ erwiderte er mit einer anerkennenden Kopfnugung gegen die alte Frau. „Können Sie mir sagen, wo diese Otilie herkommt? Sie scheint aus besserer Familie?“

„Das meinen wir auch,“ bestätigte kräftig nickend der kleine Franzose. „Sie hat so etwas Spartes, Unnahbares in ihrem Wesen. Ueber ihre Herkunft hüllt sie sich in undurchdringliches Schweigen. Meine Frau hat sie wohl ausgefragt, aber nie andere als ausweichende Antworten erhalten.“

„Ich fürchte, sie hat etwas auf dem Gewissen,“ erklärte Mutter Claude nach einigen Bedenken. „Sie kam mir manchmal so vor, als drücke sie irgend eine Verschuldung.“

„Sie kann auch Unglück gehabt haben, Mutterchen.“

„Um — ich weiß nicht.“

„Wie kam sie denn zu Ihnen und überhaupt in ihre jetzigen Verhältnisse?“

„Wie sie zu uns kam,“ sagte die Frau, „kann ich Ihnen erzählen, aber woher sie kam, nicht.“

„Hat sie denn keine Papiere, die das ausweisen?“

Claude guckte mit den Schultern. „Mit der Legitimation nehmen es unsere Leute meist nicht so genau, mein Herr — und der Polizei gegenüber wissen sie sich aus der Verlegenheit zu ziehen. Sie besaß einen Abmeldechein aus Berlin, wir haben ihn aber selber nie in der Hand gehabt. Ich —“

Da die weitere Mitteilung des alten Mannes durch einige Gustenstöße abgebrochen wurde, fuhr Mutter Claude an seiner Stelle fort:

„Als wir vor einigen Wochen mit unseren zwei Wagen auf der Straße nach Frankfurt an der Oder hinfuhren, so war die Straße besetzt, haben wir auf einem Reiterstein — im Schatten eines der die Chaussee einfassenden Mißgebäude — ein junges Mädchen sitzen, das ein kleines Bündel neben sich liegen hatte. Ich hielt die Fremde für eine junge Bäuerin aus der Gegend, und da ich gerade neben dem Fuhrwerk herging, trat ich auf sie zu und erkundigte mich, wie weit es noch bis in die Stadt sei.

„Ich bedauere, Ihnen keine Auskunft geben zu können,“ erwiderte sie, „ich bin völlig fremd hier.“

Ihr Aussehen und ihre Sprache gefielen mir, obgleich Ihre Kleidung im höchsten Grade abgetragen war.

„Sie wollen wohl auch nach Frankfurt?“ fragte ich sie. „Ich wollte versuchen, in einem der Dörfer irgendwo einen Dienst zu finden.“

„So — Sie suchen einen Dienst?“ rief ich verwundert. „Wie heißen Sie denn?“

„Otilie Hilpert.“

„Woher kommen Sie denn?“

„Aus — aus Berlin,“ kam die zögernde Antwort.

Ihre feinen Fingerringe sehen nicht aus, als ob Sie harte Landarbeit verrichten könnten.“

„Ich habe den guten Willen und scheue keine Arbeit,“ versicherte sie.

„Immerhin,“ sagte ich, „da werde ich Ihnen doch raten, lieber gleich nach Frankfurt zu gehen, die Landleute sind ein mißtrauisches Volk und lieben so keine Gesächten nicht — dort dürfte schon eher was für Sie zu finden sein.“

„Vielleicht haben Sie recht.“

„Wenn Sie mit uns fahren wollen — mit Hilpert geht freilich nicht, aber es ist doch hübscher als marschieren bei der Blut.“ Sie sind schon ganz kaputt. Wenn Sie wollen, steigen Sie auf.“

Sie nahm das Anerbieten dankbar an, und da sie offenbar ganz hungrig und erschöpft war, lud ich sie zur Teilnahme an unserem Mittagessen ein. Sie zeigte sich äußerst gefällig, half sofort wo sie konnte und ich schlug selber meinem Manne vor, daß sie einen Dienst suche, so könnten wir sie vielleicht bei uns behalten. Ich erkundigte mich genauer nach ihren Verhältnissen, sie blieb mir jedoch auf die meisten Fragen die Antwort schuldig. Sie sei stellenlos und dadurch in Not geraten, erklärte sie. Sie stehe allein in der Welt und habe niemanden, der für sie sorgen kann, so genau nimmt man unter uns nicht, es gibt mehr Personen unter uns, die nicht gern über Vergangenes sprechen — und brauchen konnten wir sie — so stellte ich ihr die Sache vor und sie schien sehr erfreut über diesen Vorschlag.“

(Fortsetzung folgt.)

Diess

In tiges Wa der Dich sichtig in den Zug Oberfläch Deutsche Weniger Wei vom Ham Paris bu nach herr migtigstei Teil auf Stimmer des deut Komplet konnte w u s ist bin im V schen Gr Gegenie neben zu mene Re Aber auch hin durch ber Deutsche ter beste in Preuß einer N politische hat. Ab haate m als einen ein so bi gerechten hüde Ra

...ung unserer Partei gar keine Bedeutung haben. Der Herr Minister soll urteilen nach dem, was wir hier in Baden, im Parlament, in den Gemeindevertretungen leisten. Ich gebe zu, wir hatten früher über das Tempo, in dem sich unsere Ziele verwirklichen sollen, eine andere Auffassung;

Jedenfalls können wir unsere erhabenen Ziele nicht auf einem Trümmerhaufen aufbauen.

Warum zitiert der Herr Minister in seiner Polemik nicht die Broschüre Liebknechts, die mir hier vorliegt, in welcher deutlich ausgesprochen ist, daß es uns fernliegen muß, bei späteren Expropriationen mit unnötiger Härte gegen die gesetzlichen Eigentümer vorzugehen. Diese müßten selbstverständlich für eventuelle Entschädigungen so entschädigt werden, soweit es dem Gesamtwohl nicht zuwiderläuft. Ich für meinen Teil habe immer die Auffassung innerhalb und außerhalb des Hauses vertreten,

daß sich unsere Subjekte auf friedlichem, gesetzmäßigem Boden verwirklichen lassen.

Wir wären auf allen Gebieten der Kultur weiter, wenn nicht in den bürgerlichen Parteien die unsinnige Angst vor der Sozialdemokratie fiedeln würde.

Nun noch einige Worte gegen den Herrn Abg. Giebler. Wenn man die Herren vom Zentrum hört, so könnte man meinen, daß es bei ihnen noch niemals dargekommen sei, daß sie sich mit der „waterlandsfeindlichen“ Sozialdemokratie verbunden hätten. Dem ist aber nicht so. Die Nationalliberalen hatten den Mut, sich offen vor aller Welt zu „berühmigen“, während das Zentrum immer nur heimlich geflüstert hat. Das Mannheimer Zentrumblatt bringt wohl jetzt eine Reihe offizieller Erklärungen. Wer aber das Zentrum kennt, weiß, daß dies gar nichts besagen will. Eine Wahlsparole wird ja von ihm auch ausgegeben, zum Schein und steht da immer, dem Wesen der Partei entsprechend, ein Stück Heuchelei dahinter. Das was hinterherum gemacht wird, das ist die Hauptsache. Ich erinnere an das Jahr 1893,

als wir mit den Wahlmännern des Zentrums uns ins schwarze Kasino begaben,

Als wir dann zusammen mit den Herren vom schwarzen Kasino nach der Festhalle gingen, sagten böse Zungen, es hätte auf der Straße nach Petroleum und Weibtraud gerochen. Also, meine Herren vom Zentrum, tun Sie mir nicht so, als ob Sie mit dem Umsturz noch nicht partiiert hätten. Uebrigens, wo wuchert am meisten der Anarchismus, in den Rändern, die sich vom Druke des Merkmalismus zu befreien gewußt haben,

oder in denjenigen, wo heute noch die Kerisei das Volk verblummt?

Wenn einmal die Fürsten auf die Gnade der Kerisei angewiesen sind, dann können sie sich begraben lassen. Das zeigen uns die politischen Zustände in Spanien, Portugal und Italien. Die Wälder, die politisch geschult sind und in denen Gesehlichkeit herrscht, machen keine Revolutionen. Dann weise ich auf Frankreich hin. Waren es vielleicht die Sozialdemokraten, die da anlässlich der Inventur der kirchlichen Güter Revolution gemacht haben? Es war doch da die vom Merus fanatisierte Menge. Aber freilich, das Zentrum war noch nie so ehrlich, daß es ausgegeben hat, daß es im Unrecht war, nach seiner Meinung hat es immer Recht.

Wir wollen an das Westende anknüpfen und weiterbauen. Es gilt auch für uns das Wort, daß alles im Fluß ist und in Bewegung. Daß wir in unseren Forderungen etwas weiter gehen, als die bürgerlichen Parteien, ergibt sich aus unserem Programm.

Was wir verlangen von der Zukunft Fernen, Das ist, daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehen; Daß unsere Kinder in der Schule lernen Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen; Daß Arbeit aller Menschen Pflicht Und keinem es an Brot gebricht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und Demokraten.)

Abg. Morgenthaler (Zentr.) betont, daß die Sozialdemokratie kein Freund der Landwirtschaft sei, habe doch ein Führer gesagt: „Der Landwirt möge auf der Scholle sterben und verderben!“ Nebenher verbreitet sich über landwirtschaftliche Fragen

und tritt u. a. für strenge Kontrolle der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, sowie für Vermehrung der Klassen dieser Versicherung ein. Der Ratsschreiber leihe in der Tat auch viel für den Staat.

Abg. Koyf (Zentr.): Es steht fest, daß seitens der offiziellen Parteileitung jeweils, wenn es sich um die Entscheidung zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten handelte, Wahlenthaltung proklamiert wurde. Daß einzelne Parteigenossen hiergegen gefehlt haben, wird nicht bestritten. Gatten eine Reihe Zentrumsleute die Parole nicht befolgt, so waren daran die Nationalliberalen schuld. Andererseits dürfe nicht vergessen werden, daß Zentrumsmitglieder auch schon für Nationalliberale eingetreten sind. Wir verbitten es uns, daß man uns den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit macht. Wolle die Sozialdemokratie praktisch arbeiten, so solle sie endlich mit dem System der Budgetvermehrung brechen. Redner polemisiert sodann gegen verschiedene Ausführungen des Abg. Dr. Binz. Wir haben jederzeit daran festgehalten und das Programm beweist es, daß wir keine konfessionelle Partei sind. Sie (die Nationalliberalen) machten sich bei Wahlen schwerer Verträge gegen die Wahrheit schuldig, besonders beruht Ihr System in religiösen Fragen auf Unwahrheit. Wir sind in den schweren Zeiten des Kulturkampfes treu geblieben und niemanden ist es eingefallen, eine Revision seiner monarchischen Gesinnung vorzunehmen. (Beifall.)

Abg. Welser (Zentr.) weist darauf hin, daß in den Bezirken Eßlingen und Pforzheim, wie die Zahlen der letzten Reichstagswahlen beweisen, die Wahlsparole des Zentrums strikte eingehalten wurde. Redner wendet sich gegen den Vorwurf, daß das Zentrum konfessionell sei. Gätte man eine Untersuchung über die Wahlberechtigung der Verwaltungsbeamten angestellt, wie man es der Gesehlichkeit gegenüber tat, so wären zweifellos mehr Amtsmänner herausgekommen als Geistliche, die sich Liebesgriffen schuldig machten. Welser empfiehlt sodann einige Wünsche seines Bezirkes dem Wohlwollen der Regierung.

Abg. Meyer-Lahr (natl.) macht einige Bemerkungen zum Sparfassenwesen und wünscht, daß den Landbesitzern die „Kerwe“ belassen wird. Redner tritt des Weiteren für Unterstützung der Gewerkschaften ein.

Abg. Müller (natl.) führt aus, der Einfluß der Geistlichen sei ein viel größerer als der der Amtsmänner. Bündnisse zwischen Zentrum und Sozialdemokraten seien bei Gemeindegewahlen schon massenhaft abgeschlossen worden. Ich erinnere mich an ein Kompromiß in Mannheim im vorigen Jahre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Auch Abg. Giebler war dabei!). In seinen weiteren Darlegungen wendet sich Redner gegen die große Geschwindigkeit der Automobile. Geschwindigkeitsmesser sollten baldigst eingeführt werden. Die Kirchweihe sei ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes und sollte den Bauern in vollem Umfange belassen werden. Die Wehlfallen an die Gemeinden zu den Wasserwerkungsstellen genügen nicht, da noch manche Gemeinden der Unterstützung bedürfen. In Waldangelegenheiten sollten die Gemeinden den Förkämtern beratend zur Seite stehen. Eine Kürzung des Bürgermeisters sei aus sozialen und Gerechtigkeitsgründen nicht zu empfehlen. (Beifall.)

Ministerialdirektor Weingärtner kommt auf das ländliche Kreditwesen zu sprechen und betont, daß man zur Entschuldung der Landwirtschaft mit allen Mitteln beitragen müsse. Die Verurkgenossenschaften hätten es in der Hand, für strengere Kontrolle der Unfallversicherung zu sorgen und mehr Klassen einzuführen. Die Festsetzung der Polizeistunde liege in freiem Ermessen der Gemeinden, die Verfügung des Ministeriums gehe nur dahin, daß die Polizeistunde nicht über 2 Uhr hinausgehen dürfe. Bezüglich der Waldwirtschaft werde die Regierung den beiderseitigen berechtigten Interessen entgegenzukommen suchen.

Abg. Wittemann (Zentr.) bemerkt, daß die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes betreffs des § 7 der Gemeindeordnung (Größe der Stimmzettel) eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen habe. Eine Aenderung der betr. Vorschrift sei geboten. Redner verweist auf einen Entscheid des obersten bayerischen Gerichts, monach die Polizei mit gutem Recht gegen ständliche Schaufensterausstellungen einschreiten könne, wenn auch der § 184 des R. Str. G. B. verjage. Die Kerisei sollten in sozialer Hinsicht, die Schüler der landwirtschaftlichen Schulen im Genossenschaftswesen unterrichtet werden. In letzterer Beziehung

wäre für die Ausbildung der Lehrer eine Professur an der Technischen Hochschule zu empfehlen. Ferneren Gemeinden sollte durch Zuschüsse die Anstellung eines eigenen Arztes ermöglicht werden. Der Kanton Schaffhausen habe ein Elektrizitätswerk erstellt und 16 Gemeinden des Klettgauens den Anschluß gestattet. Redner fragt an, ob sich die bezüglichen Verhandlungen zwischen beiden Regierungen zerfchlagen hätten und dadurch genannten Gemeinden die große Wohltat des Anschlusses an ein Kraftwerk benommen sei.

Ministerialdirektor Weingärtner erklärt, daß den Bestrebungen der Gemeinden des sogen. Bohnenviertels, sich an das Elektrizitätsnetz des Kantons Schaffhausen anzuschließen, seitens der Regierung stets entgegenkommen bewiesen wurde. Eine Verständigung werde sich erzielen lassen. In den landwirtschaftlichen Winterschulen wird bereits über Genossenschaftswesen unterrichtet.

Abg. Kolb (Soz.) polemisiert gegen das Zentrum.

Abg. Schofer (Zentr.) protestiert gegen die Bemerkungen des Vorredners, daß die Zentrumsparlei mit Abhandlungen der „München-Gladbacher Kugenfabrik“ operiere und daß die Geistlichen das Volk verblummen. Als Redner von „perfider Verleumdung“ spricht, wird ihm seitens des Präsidenten eine Rüge zuteil.

Abg. Hergt (Zentr.) führt aus, die einzige richtige Antwort auf die Ausführungen Kolbs sei unter die Zensur des Präsidenten gefallen.

Präsident Lehrenbach: Ich bitte, die Anordnung des Präsidiums nicht zu kritisieren.

Nach kurzem Schlußwort des Berichterstatters und persönlichen Bemerkungen der Abgg. Schmidt-Karlsruhe (Zentr.), Leiser (natl.) und Müller (natl.) wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialberatung werden die Titel I—VII der Ausgaben debattelos genehmigt.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag halb 10 Uhr statt.

Badische Politik.

Jolly-Ged.

Die von uns gestern unter der Rubrik Letzte Post erwähnten Feststellungen der „Mannheimer Volksstimme“ bezugl. des Redakteurs Emil Gauth beruhen auf folgender Grundlage:

Die Anklage auf Grund von Artikel 131 des St. G. B. bezog sich auf einen, wenn wir nicht irren, im Juni 1893 erschienenen Artikel des „Volksfreund“, der den Titel führte: „Soldaten oder Menschen?“ Der Artikel, als dessen Verfasser wir uns nachträglich gerne bekennen (es damals zu tun, hatten wir keine Veranlassung, insbesondere da wir dem Genossen Ged durchaus keinen Dienst erwiesen haben würden), war unter Benützung einer kurz vorher veröffentlichten Broschüre „Soldaten oder Menschen?“ geschrieben und enthielt zum Teil wörtlich Auszüge aus jener Schrift. Die Broschüre war anonym erschienen, aber wir wußten, wer ihr Verfasser war. Es war kein Sozialdemokrat, sondern ein freilich sehr weit links stehender bürgerlicher Schriftsteller, der inzwischen als Lyriker, Romanist und in insbesondere auch als Dramatiker sich einen berühmten Namen gemacht hat. In der Tat war in der kleinen Schrift auch nichts enthalten, was nicht ein aufrichter und freigeilich gesinnter bürgerlicher Mann hätte unter schreiben können. Der Artikel des „Volksfreund“ wurde aber gerade wegen der wörtlich angeführten Zitate aus der Broschüre unter Anklage gestellt. Der allgemeine Eindruck dieser Anklage war — trotzdem damals auch in Baden noch eine ziemlich scharfe Luft herrschte — der, daß dieselbe irgend einem Druck von oben ihre Entstehung verdanken müsse.

Das Gespräch, das der verstorbene Staatsanwalt Jolly mit dem Genossen U. Ged in dieser Angelegenheit führte, hat dann ja die Erklärung dafür gebracht, von welcher Seite dieser Druck gekommen war, der zur Einleitung der allgemein mit Kopfschütteln aufgenommenen Anklage

Im Alkoholausbruch verübte Erzeße und Schlägereien spielen eine lächerlich geringfügige Rolle. Und der Franzose bleibt von einer Spezies verachtet, deren Existenz dem deutschen Bürgertum nicht gerade zur Zierde gereicht und deren traurige Gemohnheiten unbefehens zu übernehmen, die Arbeiterklasse sich hüten wird: ich meine den Bierbankphilister. Eine durch und durch deutsche Institution, um die uns nur, so fürchte ich, unser weltlicher Nachbar nicht beneiden wird.

Likör oder Leder.

Daß anständige Menschen nicht etwa „wie das Vieh“ in freier Liebe zusammenleben dürfen, sondern sich nach allen Regeln der Kirche und des Staates verheiraten müssen, ist jedem ehrbaren Bürger ohne Unterschied der Konfession ohne weiteres klar und in dieser Erkenntnis öffnen auch die Zeitungen, mit Ausnahme der + + + sozialdemokratischen, ihre Spalten — wie es so schön heißt — den Ehebedürftigen gerne, während sie sie den Liebesuchenden krampfhaft verschließen. Selbst der „Bad. Beobachter“, ein gar frommes Zentrumsblatt, also eine „gute“ Zeitung, macht tagtäglich in seinem Annoncenenteil in Heiratskupplerei und meint ganz naiv, es wäre das ein ganz einwandfreies Geschäft, wie jedes andere auch. So befand sich z. B. nach der Mitteilung des „Deutsch. Volksboten“ in einer der letzten Nummern des liberalen „Prager Tageblatt“ nachstehende, durchaus ernst gemeinte Anzeige eines heiratslüftigen Juden:

„Suche für meinen sehr angenehmen und geschäftstüchtigen israel. Bruder passende Partie. Derselbe ist 30 Jahre alt, groß, fecht, dzt. Vertreter einer Likörfabrik, 4000 Fr. Selbstverpates und würde am liebsten in Likör oder Leder einheiraten. Anträge unter Chiffre“ usf.

Wir hoffen, daß dieses ernstgemeinte Heiratsgesuch manchem Leser Vergnügen macht und ihn gleichzeitig auch von der „Heiligkeit der Ehe“ überzeugt. Ein Mann, der in Likör oder Leder einheiratet, ist doch entschieden ein sittlich unendlich höher stehender Mann, als z. B. Maxim Gorki, der mit einem Weibe in wilder Ehe lebt und er braucht deshalb auch nirgends zu fürchten, mit der „Sittenpolizei in Konflikt zu geraten — was sittenlofen Leuten bekanntlich schon manchmal passiert ist“.

Diesselts und jenseits der Vogesen.

Ein paar Betrachtungen und Vergleiche.

In der Tat: ein eigenartiges, man möchte sagen einzigartiges Volk, diese Franzosen. So gründlich verschieden von dem Dichter und Denker. Impulsiv. Handelnd. Ohne den vor sich immer wieder und nochmals erwägenden und überlegenden Zug der Germanen. Keine Spur von Grübelei. Etwas Oberflächlichliches vielleicht. Sicher nicht so tief angelegt, wie wir Deutschen, so abgrundtief. Aber wir werden sehen, daß dies Weniger in anderer Beziehung ein Mehr bedeutet.

Bei dem Vergleich drängt sich mir unwillkürlich die Geschichte vom Gambacher Fest auf, die Börne, wenn ich nicht irre, mit nach Paris brachte und die uns Heine in seinen Briefen erzählt. Danach herrschte unter den zu Gambach Versammelten völlige Einmütigkeit über den Gedanken der Revolution. Als aber ein Teil auf ihren Beginn hindrängte, erhoben sich im Hintergrunde Stimmen, die die — Kompetenz der Versammlung, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, bezweifelten. Diese föhliche Kompetenzgeschichte, die ja schon Heine gebührend glossierte, konnte wohl nur bei uns Deutschen vorkommen. Ich glaube, nur uns ist diese stellenweise erstaunliche Langmut eigen. Und ich bin im Augenblick nicht einmal sicher, ob die Rede von der deutschen Gründlichkeit stimmt. Anno 48 beweist bekanntlich eher das Gegenteil, und, um einen Fall aus der neueren Geschichte daneben zu stellen: es gibt Leute, die etwa die in Essen angenommene Resolution zur Alkoholfrage für eine Halbheit halten . . .

Aber — im Ernst gesprochen — das eine ist sicher (und ja auch hinlänglich bekannt), daß unmögliche Gesehe, die anderswo durch den Volksgorn längst hinweggefegt worden wären, bei uns Deutschen in einer bemerkenswert reaktionären Keuschheit weiter bestehen. Gewiß kommt hier das Moment hinzu, daß wir in Preußen z. B. mit einer starken Junkerlasse zu rechnen haben, einer Klasse, die vielleicht ideell bankrott sein mag, die aber in politischer Beziehung die Kerisei der Gesehgebung in der Hand hat. Aber ungeachtet dessen: Wo wäre es denn in einem Kulturstaate möglich, daß ein Wahlrecht fortbestände, das, vor mehr als einem halben Jahrhundert unter Verfassungsbruch otbrochert, ein so bitteres Unrecht für die Arbeiterschaft bedeutet und allen gerechten Empfindungen so ins Gesicht schlägt, wie das preussische Landtagswahlrecht. Wo? Wo? Doch ich vergaß: wie kann

man „Preußen“ und „Kulturstaat“ in irgend eine Beziehung zu einander setzen? Es gibt keine. So hat uns die vergleichende Unteruchung über die physiologischen Eigenarten der beiden Völker etwas abseits geführt, in den Urwald der deutschen innerpolitischen Zustände. Aufatmend wird mir der Leser um so lieber in die freiere Luft folgen, die Paris atmet. Paris!

Es ist wahr, man soll es berufenen Hebern vorbehalten, über Paris zu schreiben, „Paris, das reise Kunstwerk, das ein glücklich veranlagtes Volk unter einem gütigen und milden Himmel schuf“. Es ist wahr. Darum darf ich mich mit einigen kurzen Bemerkungen bescheiden.

Paris ist Frankreich, so hört man wohl oft. Und in der Tat: Es gibt kaum ein zweites Land, in dem sich das wirtschaftliche, politische und künstlerische Leben in der Hauptstadt in so hohem Maße konzentrierte, wo die Provinz in allen diesen Beziehungen so wenig bedeutete wie in Frankreich. Ein Faktum von erheblicher Bedeutung. Diese absolute Vorherrschaft von Paris wurde, wie man weiß, schon 1871 bei der Kommune ihren tapferen Verteidigern nicht ungesährlich. Es war einer ihrer schlimmsten Fehler, daß sie sich zu sehr auf die eigene Kraft verlassen, die Provinz wenig berücksichtigten und sich dadurch isolierten. Andererseits ergibt sich ja aus dieser gewaltigen Konzentration eine Mannigfaltigkeit und Reichhaltigkeit der Lebensformen und Genußmöglichkeiten, die erstaunlich ist. Wenn man das Leben auf den Boulevards betrachtet, in den öffentlichen Gärten und Parks! Und die Menschen selbst, die auch bei kühlerer Witterung vor den zahlreichen Kaffeehäusern, Bars, sigen, ihren Absinth oder Kaffee trinken und nicht müde werden, in das Getriebe des Tages hineinzuschauen, in das schäumende, brandende Leben, das kaleidoskopartig von Sekunde zu Sekunde sein Anlich verändernd, sich in immer neuen Kombinationen ergeht.

Ich erwähne den Absinth und darf in diesem Zusammenhang vielleicht ein paar Bemerkungen über die Trinkitten der Franzosen einfließen. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1902 wies Frankreich die höchste Biffer des auf den Kopf der Bevölkerung fallenden Alkoholkonsums auf. Die Tatsache muß von vornherein bedenklich stimmen. Der Franzose trinkt mittags wie abends seinen Wein zur Mahlzeit und neuerdings bekommen ja sogar die Soldaten ihr Quantum täglich. Wenn man trotzdem von einer weitgehenden Mäßigkeit reden kann, so mag das vielleicht zunächst absurd erscheinen. Aber dem ist tatsächlich so,

Seite 2.
Strich durch
Erfolg dieser
e, 25. Febr.
Sigung. Auf
des Innern.
amten längere
des weiteren
in bezüglichen
itt der Hege-
e Beiträge der
naistasse über-
isse der Laien-
lichen Kredit-
nger, der Dar-
ch zum Worte
man in seiner
erte, kann ich
eine Debatte
n Kopf gestellt
beliebt, damit
g. „Rabifaler“
d mich, der ich
e Beiträge“ be-
efonders abge-
die die Ereign-
je Veramm-
aphisch wieder-
Ob ich nun die
kuffisch reden!“
Aber ich will
Man darf mit
en wissen will,
ion antworten
me verstanden
n Herörungen
teblich dom
en Reihen der
Merzte, Stu-
stand eben da-
Ereignisse in
Aprierte meine
en. Würde ich
dung gewöhn-
drauchen eine
so will ich das
nur Abgeord-
gerlichen Par-
Gesehstärkes
ade, als hier,
en.
errn Ministers
ist und er auch
Vorwurf gegen
hin
s gegen uns
und kein Zens-
genen uns
Polemik gegen
angelhaft über
Er hat z. B.
alten, daß diese
auf Widerspruch
und theoretische
praktische Be-
gu können.“ er-
r, obgleich Ihre
te ich sie. Ich
o einen Dienst
chwundert. Wie
ntwort.
s ob Sie heute
ne Arbeit.“ be-
nen doch raten.
deute sind ein
n nicht — dort
t Eilpost geht
chieren bei der
ten, steigen Sie
da sie offenbar
Teilnahme an
st gefällig, half
Manne vor, da
cht bei uns be-
Verhältnissen
antwort schuldig-
klärte sie. Sie
r für sie sorg-
gibt mehr Ver-
sprechen —
die Sache vor

führte und mit einer — Niederlage der Anklagebehörde endete, über welche die letztere wohl nur deshalb Betrübnis empfunden hat, weil nach außen hin doch der Anschein erweckt werden konnte, daß die Anklage von ihr selbst ohne fremdes Dazwischentreten erhoben worden sei.

Des Ministers „Erfolg“.

Gestern und vorgestern konnte er ihn nach Hause tragen, der Herr Minister v. Bodman. Aber er trug sicherlich nicht schwer daran. Durch einen wuchtigen Angriff des Genossen Ged und eine wirksame Nachlese des Genossen Kolb wurde ihm dieser „Erfolg“ allerdings streitig gemacht und — wenn wir beim Bild bleiben wollen — mit recht großem Erfolge. Mit Ausnahme der „Regierungspartei“ stand der Herr Minister allein auf weiter Flur mit seiner beständigen Betonung: die Sozialdemokratie erstrebt den gewaltsamen Umsturz, sie muß bekämpft werden, ein Beamter darf nicht Sozialdemokrat sein und was dergleichen Lebenswichtigkeiten waren, die er uns an den Kopf warf. Ged und Kolb wiesen ihm nach, daß er von dem eigentlichen Programm der Sozialdemokratie gar wenig verstehe, trotzdem er ein halbes Duzend Broschüren von Rautsky vor sich liegen hatte, und Kolb verwies gewissermaßen als Verteidigung seiner Person, die in den letzten Tagen wiederholt der Gegenstand der Angriffe des Ministers war, auf die praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie im allgemeinen und der badischen im besonderen. Das waren zwei erfolgreiche Tage für — die Sozialdemokratie. Denn was der Herr Minister auf die Anklagereden von Ged und Kolb vorzubringen mußte, war gewiß eine Abschwächung seiner früheren Philippika, aber sie zeigte noch immer nicht vom vollen Verständnis dessen, was die Sozialdemokratie erstrebt. Ueberblickt der Minister im stillen Kämmerlein Anfang, Verlauf und Ende der Generaldebatte seines Dejernats, dann dürfte er sich vielleicht doch sagen, daß er nicht gut beraten war, als er sich zum Ziel setzte, die „Gefährlichkeit der Sozialdemokratie“ zu beweisen. Sollte er diesmal gelernt haben, das nächstemal anders zu verfahren, sind die Sozialistendebatten in den letzten 8 Tagen nicht umsonst geführt worden.

Regierung und Arbeitslosigkeit.

Seit November 1907 liegt im badischen Landtag eine Petition der Bauhandwerker in Karlsruhe und Umgebung, in welcher um geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebeten wird. Insbesondere wurde verlangt, daß die staatlichen Behörden Einfluß auf die Unternehmer von staatlichen Arbeiten in der Richtung ausüben, daß bei der Einstellung von Arbeitskräften die einheimischen Arbeiter in erster Reihe Berücksichtigung finden. Seitdem sind vier Monate verfloßen, es scheint aber noch nichts geschehen zu sein, um den Wünschen der Petenten Rechnung zu tragen. Der Karlsruher Arbeitersekretär und der Bezirksleiter des Maurerverbandes waren persönlich bei Minister v. Marschall vorstellig, der Beschleunigung der Sache zusagte. Seitdem sind jetzt wieder 14 Tage ins Land gegangen. Hunger und Not wachen mit jedem Tage vernehmlicher an die Türen der Arbeitslosen. Die Herren Unternehmer, die bei den staatlichen Unternehmungen ihr Geschäft machen, scheuen sich mittlerweile den Teufel um Petitionen und ministerielle Erhebungen, sie stellen Italiener und Kroaten ein und unsere einheimischen Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern nagen derweil am Hungertuch.

Mit Redensarten sollte man die bescheidenen Wünsche der Arbeiter nicht abspen. Die ministeriellen Erhebungen, mit denen die Hinauszögerung der Sache begründet wird, wären gar nicht nötig gewesen. Die Not ist da. Die Herren Minister können sich davon jeden Tag überzeugen, sie mögen sich nur einmal in der Nähe des Arbeitsamtes aufhalten und mögen die fragen, die dort herauskommen. Die Erhebungen über die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen dürften dann bald beendet sein. Goffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, die Angelegenheit rascher in Fluß zu bringen, sonst wird es notwendig, daß die Arbeitslosen selber in deutlicher Weise die Notwendigkeit staatlicher Hilfe demonstrieren.

Die deutsche Justiz vor dem Reichstage.

(107. Sitzung)

* Berlin, 25. Febr.

Debattellos werden in dritter Lesung das Telefunkengesetz und das Schiedsrecht definitiv genehmigt. Sodann wird in der Beratung des Stats des Reichsjustizamtes, Titel Staatssekretär, fortgefahren.

Abg. Schaal (wirtsch. Ver.) berührt die Frage der Konkurrenzklause und fragt nach dem Ergebnis der vom Reichsjustizamt hierüber angestellten Erhebungen.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Sydow führt aus, es liege ihm daran, die erste Gelegenheit wahrzunehmen, um eine Erklärung persönlicher Art abzugeben. Ihm liege die Aufgabe ob, sich in nächster Zeit über den Stand wichtiger Fragen zu informieren. Das werde seine Arbeitskraft und seine Zeit so in Anspruch nehmen, daß er nicht so regelmäßig und so häufig, wie sein Amtsvorgänger es in dem vorigen Monat zu tun pflegte, hier werde anwesend sein können. Er werde die Vertretung in den Fragen, die die Reichsfinanzverwaltung betreffen, sofern es sich nicht um Fragen von besonderer Wichtigkeit handle, nicht selbst führen können. Er tue das mit gutem Gewissen, da er wisse, daß sein verehrter Kollege (Redner wendet sich zum Staatssekretär Zwele) in solchen Fragen große Erfahrungen habe. (Beifall.)

Abg. v. Liebert (Rp.) tritt mit großer Ausführlichkeit für seinen Vorschlag betr. Einführung der Deportation nach einer deutschen Strafkolonie auf einer Südpazifikinsel ein. Er betont auch noch ausdrücklich, daß die Verschickung nur auf Antrag erfolgen solle, also nicht gegen den Willen der Verurteilten.

Staatssekretär Niederding erwidert, diese Frage habe zunächst eine internationale Bedeutung. Sie habe auch eine nationale Bedeutung und sie habe eine große finanzielle Bedeutung. Es könne nicht anerkannt werden, daß der Redner nach allen diesen Richtungen hin ausreißend alle Bedenken beseitigt habe. Es bedürfe noch eingehender Erhebungen. Die verdäbten Erhebungen könnten daher auch nicht wünschen, daß der Reichstag schon jetzt zugunsten eines Gedankens, dessen Ausführung vom Reichstage wohl noch nicht genügend habe erwidert

werden können, einen Beschluß fasse. Was die Frage der Konkurrenzklause anlangt, so könne er über die Erhebungen Näheres noch nicht mitteilen, da diese noch schwebten. Eine Milderung der Konkurrenzklause werde voraussichtlich kommen, aber keine vollkommene Ausmerzung.

Abg. v. Chranowski (Pole) bereitet sich über Urteile preußischer Richter, die das Ansehen der Rechtspflege im In- und Auslande schädigten, Urteile insbesondere, denen eine Anklage wegen Aufreizung (§ 180 Str.G.B.) zugrunde liege.

Abg. Widen (Zentr.) erklärt, wenn die Herren Müller-Reinigen und Ablaß aus seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus Beunruhigung geschöpft hätten wegen einer Leg. Heinge, so könnte er sie beruhigen. Sie hätten zu einer solchen Angst nicht den geringsten Anlaß. Seine Rede im Abgeordnetenhaus habe den Beifall aller Parteien gefunden. Die Hingziehung von Künstlern und Literaten zur Beurteilung des Unzuchtigen als Sachverständige sei auch von Prof. Paulsen, von Thoma-Karlsruhe und hervorragenden Münchener Künstlern als Skandal bezeichnet worden. Wir sollten uns die Hände reichen, um noch zu retten, was vielleicht noch zu retten ist in unserer Jugend. Fordere man aber strengere Gesetze oder doch strengere Handhabung der bestehenden Gesetze, dann werfe man seinen Freunden Prüberei vor. Nicht knebeln wollten sie die Kunst, sondern befreien von dem Schmutz, von ihren Auswüchsen.

Abg. Junk (natl.) empfiehlt eingehend seine Resolution betr. gesetzliche Regelung des Rechtes der Arbeiter-Tarifverträge. Auch der deutsche Juristentag habe es bereits für nötig gehalten, die Materie auf seine Tagesordnung zu setzen.

Staatssekretär Niederding erwidert, im Reichsamt des Innern und im Reichsjustizamt sei man sich über die große Bedeutung der Tarifverträge einig, ebenso darüber, daß es bald zu einer reichsgesetzlichen Regelung kommen möge. Man werde der Sache fortgesetzt volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Heine (Soz.)

kommt auf die Vorgänge vom vorigen Samstag zurück und tritt für den Abg. Stadthagen mit folgenden Worten ein: Ich habe Stadthagen als Anwalt und zwar sehr genau kennen gelernt und erkläre hier, Stadthagen stand hinsichtlich der Ehrenhaftigkeit seiner Praxisführung als Anwalt in einem so ausgezeichneten Rufe, daß Redner, der ihn näher kannte, bei seiner Beurteilung die Lieberzeugung hatte, es wäre ihm schweres Unrecht geschehen und zwar nicht nur hinsichtlich des Verfahrens in der Abscheidung seiner Verteidigung, sondern auch in der Sache selbst. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Manne, der als Anwalt sich eine unauferbare, eine sogenannte Verbrechenpraxis erewigt vom Falle zu halten gewußt hat, der gegen seine Klienten eine wahrhaft verschwenberische Freigebigkeit mit seiner Arbeitskraft zeigte, glaubt keiner, der ihn kannte, welcher Partei er auch angehören mag, daß er getan hätte, was der Ehrengerechtigste von ihm behauptet hat. Ich bitte Sie, es mir zu glauben, daß bei mir keine Gründe persönlicher Freundschaft vorliegen. Ich habe diese Erklärung auch nicht aus Parteirücksichten abgegeben, sondern bin einzig und allein aus Pflichtgefühl für Herrn Stadthagen eingetreten. Ich habe mit niemandem von meiner Partei und auch nicht mit Herrn Stadthagen auch nur mit einem Worte darüber gesprochen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ein schärferes Strafgesetzbuch ist wahrlich nicht das Mittel, einen größeren Schutz der Ehre herbeizuführen. Gänzlich verfehlt ist der Gedanke, durch Abschneiden des Wahrheitsbeweises die Ehre eines Verleibigten zu sichern. Es wäre ein Danaergeschenk für die Verleibigten. Ein angemessener Schutz der Ehre ist heute der Staatsanwaltschaft anvertraut. Diese Behörde erweist sich aber ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen. Das zeigt auch der

Mollke-Garden-Prozess,

der dadurch, daß zuerst das öffentliche Interesse angeblich nicht bestand und dann schließlich doch anerkannt wurde, den Eindruck der Verwirrenheit machte.

Wegen Verleibigung einer Telephonkame, eines Schutzmannes und eines Eisenbahnbeamten wird öffentliche Anklage erhoben, in anderen Dingen wieder nicht. Ich kann dem national-liberalen Redner im Abgeordnetenhaus nur zustimmen, wenn er sagt, daß es nicht richtig ist, nur bei Verleibigungen von Beamten die öffentliche Anklage zu erheben. Er erklärte weiter, daß auch bei Verleibigungen anderer im öffentlichen Leben stehender Personen die öffentliche Anklage erhoben werden müßte. Diese Aufzorderung verhalte aber vollkommen bei der preußischen Staatsanwaltschaft. Am 4. Dezember 1907 erschien in der „Post“ ein Artikel, der den

Abg. Fischer

durch lauter unwahre Behauptungen aufs schmerzte beleidigte und der auch von anderen Zeitungen abgedruckt wurde. Die Staatsanwaltschaft erhob aber keine Anklage, obwohl doch diese unwahren Behauptungen alle Wähler des sozialdemokratischen Abg. Fischer berührten. Ich stellte sodann Strafantrag, wobei ich auf den Mollke-Garden-Prozess hinwies. Als die „Post“ einen zweiten Artikel brachte, stellte der Oberstaatsanwalt Frenzel Ermittlungen an und dabei ergab sich, daß die Behauptungen vollkommen erlogen sind. Der Oberstaatsanwalt teilte das Ergebnis seiner Untersuchung der „Post“ mit, diese lehnte es aber ab, darauf einzugehen, sondern wollte in einer Hauptverhandlung den Wahrheitsbeweis antreten. Der Oberstaatsanwalt lehnte einige Zeit darauf

die Erhebung der öffentlichen Klage ab,

weil sich die Vorwürfe nicht gegen die politische Tätigkeit des Herrn Fischer richteten, sondern nur gegen den Leiter der „Vorwärts“-Druckerei, als welcher sich Herr Fischer nach der Behauptung der „Post“ von einer Druckerei-Maschinenfabrik habe bestechen lassen. Diese Antwort ist nichts als eine Verlegenheitsantwort. Ich nehme an, die Staatsanwaltschaft wollte die Anklage erheben, aber ich glaube, die höheren Instanzen haben das verhindert. Um das festzustellen, habe ich mir die Mühe gemacht, Beschwerde zu erheben. Der Generalstaatsanwalt beschied mich aber auf meine Beschwerde abschlägig. Tatsächlich werden bei uns in Berlin Verleibigungen von Streikbrechern von Amtswegen verfolgt, und zwar Verleibigungen, die im engsten Kreise gefallen sind.

Über sozialdemokratische Abgeordnete sind bei der Staatsanwaltschaft vogelfrei.

Diese können den ebenso angenehmen, wie schneellen und wirkungsvollen Weg der Privatklage beschreiten. In demselben Augenblick, wo der Reichstagler einen größeren Schutz der Ehre verlangt, geben sich Organe der Staatsanwaltschaft dazu her, einen frivolen Verleumder deswegen, weil er Redakteur der Wochenschrift ist, zu beschützen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) In Hessen ist das anders. Das hat uns der Fall Berthold ge-

zeigt. (Zurufe rechts: Na, Hessen!) Ja, Hessen ist ja für Sie das sozialdemokratische Land. (Heiterkeit.) Wir haben in der Schule gelernt: Justitia est fundamentum regnorum. Daß das in Preußen nicht zutrifft, wissen wir längst. Ich will auch gar nicht auf das preußische Rechtsgefühl einwirken, sondern spreche lediglich als Abgeordneter für Abgeordnete und verlange, daß ein Abgeordneter denselben Schutz erhält wie jeder Polizist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Niederding erwidert, einzelne Fälle geben dem Redner noch kein Recht, die ganze Rechtspflege anzugreifen. Wenn der Redner durchblicken lasse, daß es den Staatsanwaltschaften offenbar am guten Willen fehle, so wisse er das als eine ungerechte Verleumdung zurück.

Abg. Kretz (Kons.) wendet sich gegen Müller-Reinigen und dessen Angriff auf den preußischen Kultusminister. Man habe doch hier mit den eigenen Angelegenheiten genug zu tun und brauche nicht den preußischen und bayerischen Kultusminister in die Debatte zu ziehen. Redner polemisiert weiterhin gegen die äußerste Linke. Als Vizepräsident kämpft ihn endlich auffordert, sich mehr an die Tagesordnung zu halten, erwidert er, zu seinen Ausführungen doch berechtigt zu sein, denn er wolle nachweisen, wozu es führen würde, wenn der Vorschlag der Sozialdemokraten verwirklicht würde, die Richter zum Teil aus dem Volke, also auch aus den Sozialdemokraten herbeizugehen zu lassen. Seine weiteren Ausführungen gegen die Sozialdemokraten sind stellenweise infolge anhaltender Unruhe nicht zu verstehen.

Abg. Gedtscher (frs. Vg.) nimmt die Hamburger Richter gegenüber Stadthagen in Schutz gegen den Vorwurf, in ihren Urteilen gelegentlich des Hofenarbeiterkreises Klassenjustiz geübt zu haben.

Damit schließt die Debatte und es folgen die Abstimmungen über die Resolutionen, nachdem der Titel Staatssekretär genehmigt ist. Angenommen werden zunächst die Resolutionen Brunstermann betr. Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren und Hompech betr. Selbstbefähigung usw. bei Gefangenen, die sich bei ihrer Straftat keiner erlosenen Gefängnisstrafe schuldig gemacht haben. Ueber die Resolution Wassermann betr. Strafrecht, Strafpolizei soll erst in 8. Lesung abgestimmt werden. Die Resolution Heinge betr. einseitiger Strafverfolgung für das Reich wird angenommen, die Resolution Liebert (Deportation) abgelehnt. Resolution Albrecht (Zeugniserweigerung für Abgeordnete und Gemeinde-Verordnete) abgelehnt, desgleichen Resolution Albrecht betr. Zeugnisverweigerung für die am Herstellen von Zeitungen beschäftigten Personen. Angenommen wird dagegen die Resolution Albrecht betr. Diäten für Schöffen und Geschworene, Resolution Ablaß betr. gleichmäßige Heranziehung aller Stände zum Geschworenen-Schöffendienst, Resolution Junk betr. Arbeits-Tarifverträge und die denselben Gegenstand betr. Resolution Hompech, Resolution Ablaß betr. Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten und Untersuchungsbeamten im Reichstage, ferner betr. Befreiung der Härten aus der jetzigen Haftung der Geburtsurkunden sowie Schutz des Reichsgutes der Elektrizität, endlich Resolution Gölke betr. Denkschrift über Erfahrungen mit dem überreichlichen Strafpolizei. Abgelehnt wird dagegen noch die Resolution Albrecht betr. Sondergerichte für Bureauangestellte usw. Morgen 1 Uhr Wahlprüfungen, kleiner Befähigungsnachweis. — Schluß halb 7 Uhr.

Aus der Partei.

Weingarten, 24. Febr. Die am 22. ds. Mts. stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins lehnte den von dem Ausschusse eingebrachten Antrag, welcher auf Ausschluß des Genossen Schaufelberger lautete, ab.

Aus der sachlich geführten Debatte konnte man entnehmen, daß der Ausschluß des Interesses der Partei zu wahren suchte, doch wurde von der Versammlung das rasche Vorgehen bedauert. Nach Ablehnung des Antrags legte die Gesamterwaltung ihr Amt nieder und wurde dann eine provisorische Verwaltung bis zu der am Sonntag, 1. März, stattfindenden Neuwahl gewählt.

Was in der wilden Schweiz möglich ist. Bei der Erwahl eines Bezirksanwalts (Untersuchungsrichters) im Bezirk Zürich ist am Sonntag unser Genosse Kaumann, Arbeitersekretär in Winterthur, ursprünglich Maschinenmeister (Waldbruder) ohne Gegenkandidat mit 7074 Stimmen gewählt worden.

Gewerkschaftliches.

Seit zentralisierte Verlogenheit offenbart sich wieder einmal in zwei Artikeln des „Bruchaler Vot“, in welchen über den Zustand der Lederarbeiter in Zeuthern berichtet wird. Unsere Leser sind von berufener Seite über den tatsächlichen Verlauf unterrichtet. Der „Bruchaler Vot“ scheut sich nicht, die Schuld an dem Zustand den „sozialdemokratischen Rädelsführern“ zuzuschreiben, der „wahrheitsliebende“ Zentrumsmann, der den „Bruchaler Voten“ von Zeuthern aus behient, weiß zwar recht gut, daß es keine Sozialdemokraten waren, welche die Zeutherner Lederarbeiter in den Streik trieben, aber er will mit Gewalt den Sozialdemokraten am Zeug flicken, da kommt's auf eine Lüge nicht an. Der Zweck heiligt das Mittel. Das Organ für Wahrheit usw. läßt sich dann auch noch von Zeuthern aus schreiben, daß der Streik ergebnislos verlaufen sei. Dieser Lüge des Zentrumsblattes stellen wir folgende Tatsachen gegenüber: Die Arbeiter waren in den Streik getreten, weil drei Kollegen entlassen worden waren, worin eine Maßregelung erblickt worden war. Außerdem wurde eine bessere Behandlung der Arbeiter verlangt. Das letztere wurde seitens der Direktion bereits am Samstag den 15. ds. Mts. zugestanden. Am Montag Vormittag um 9 Uhr erklärte die Direktion sich auch zur Zurücknahme der Entlassungen bereit, nur sollten die Leute nicht in Zeuthern, sondern in Mühlburg weiterarbeiten. Am Montag Nachmittag fanden nochmals Unterhandlungen statt, die damit endigten, daß die drei Arbeiter auf die Dauer von längstens vier Wochen in Mühlburg arbeiten und dann wieder in Zeuthern weiterarbeiten könnten, daß die Behandlung eine bessere werde usw. Der Berichtstatter des „Bruchaler Vot“ nennt das einen ergebnislosen Streik. Im solch wahrheitsliebenden Korrespondenten wird den „Bruchaler Voten“ niemand beneiden, so wenig wie man den Berichtstatter um sein Verständnis in solchen Dingen beneiden wird.

Gaggenau, 24. Febr. Normalen Besuch zeigte die letzte kombinierte Versammlung der Murgtalwahlvereine. Bei der Wahl eines Delegierten zum Parteitag wurde Genosse

Sürschig einstimmig gewählt. Hoffentlich gelingt es ihm, die Interessen des industriereichen Murgtales zur Geltung zu bringen. Lebhafteste Diskussion erregte die Debatte über die Agitation; die Ansicht der Kiefernblätterigen Behandlung unserer Gegend seitens der kompetenten Organe kam stark zur Geltung. Hat auch die Versammlung infolge der gedrängten Zeit keinen praktischen Erfolg gezeitigt, so dürfte doch in absehbarer Zeit eine Regelung des Agitationswesens erfolgen. Parteigenossen! Position um Position muß dem Gegner abgerungen werden; stelle sich deshalb jeder unentwegt der Sache der Freiheit zur Verfügung.

Gaggenau, 23. Febr. „Schmieren und salben hilft allen halben.“ Dieses Sprichwort scheint einem hiesigen schiefen Maschinenarbeiter und Gastwirt vorgeschwebt zu sein, als er am letzten Freitag dem Eisenwerk mit einem Rad zu feuerte, dessen duffiger Geruch Blut- und Leberwürste verriet. Schmutz und ob des gelungenen Einfalles wartete der Wadere am Portierhaus, um sie dem Drehermeister Diple zu übergeben. Aber mit des Geschäftes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen und statt vom Meister den Dank zu erhalten, gab es eine Portion Grobheiten. Traurig trottelte der „brave Arbeiter“, das Unverständnis des Meisters verfluchend, an seine Werkstelle. Für solche Arbeiter wäre eine Tracht Prügel statt des Lohnes angebracht, vielleicht würden sie dann gehorchen.

Neustadt (i. Schwabm.), 23. Febr. Da hört doch alles auf! Wir brachten am 14. Febr. unter dieser Rubrik einen Artikel, in welchem wir das Zeugnis veröffentlichten, welches Herr Flaschnermeister Göb einem Blechergesellen ausstellte. Das Zeugnis und unser Kommentar lautete folgendermaßen: Zeugnis.

Dem Blechergesellen R. C. wird bescheinigt, daß er bis heute bei mir in Arbeit gestanden hat. Ich war mit seinen Leistungen zufrieden. Derselbe wurde gesund entlassen.

Neustadt i. Schw., 8. 2. 08. J. Göb. Daß Herr Göb auch noch die Befähigung hat, ärztliche Zeugnisse auszustellen, ist neben dem „ärztlichen Sinn“ ein weiterer Vorzug desselben, von dem wir bis jetzt keine Ahnung hatten. Der Vorgang zeigt aber drastisch, wie sich die „christlichen“ Unternehmer zur Organisation der Arbeiter stellen. Daraufhin ließ uns Herr Göb durch seinen Anwalt eine Verächtigung zugehen, in der es unter Absatz 4 hieß:

4. Herr Göb hat dem E. C. S. da dieser nur 11 Tage bei ihm war, überhaupt kein Zeugnis ausgestellt.

Nach nunmehr nochmals eingezogenen Erkundigungen haben wir festgesetzt, daß das Originalzeugnis des Herrn Göb, welches im Arbeitsbuch eingetragen war, unsern Gewährleuten vorgelegt hat und eine Abschrift davon in unseren Händen ist. Wir kommen deshalb auf die Sache nochmals zurück, damit unsere Leser sehen, wie die „Verächtigungen“, besonders diejenigen, welche uns von „christlicher“ Seite zugehen, oft zu bewerten sind.

„Streng vertraulich“ Scharfmacherei der Unternehmer. Die das Licht der Öffentlichkeit scheuenden Maßnahmen der Unternehmer finden trotzdem erfreulicherweise den Weg dorthin. Man sieht, wie sich das Ausbeutertum überall rüstet, um wirtschaftliche Kämpfe zu provozieren: Streng vertraulich!

P. P. Da sich in letzter Zeit die Agitation unter der Arbeiterklasse wieder lebhafter bemerkbar macht und Streiks in den verschiedensten Orten — Annaberg, Büchholz, Götta usw. — vorgekommen sind, hat sich der unterzeichnete Vorstand eingehend mit der Frage der Streikversicherung befaßt. Kein Fabrikant ist heute auch nur einen Tag vor Streik sicher. Eine unabwiesbare Pflicht eines jeden ist es daher, sich davor so weit wie irgend möglich zu schützen.

Diesen Schutz kann aber nur eine auf breiterer Grundlage errichtete Versicherungsgesellschaft bieten, die sich auf möglichst alle Branchen verteilt, während kleinere Arbeitgeberverbände gegen die mächtigen und kapitalkräftigen Arbeiterorganisationen nichts ausrichten werden. Wir empfehlen daher dringend den Anschluß an die bestehende Streikversicherungsgesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller und haben es uns zur Aufgabe gemacht, unseren Mitgliedern hinsichtlich der Bedingungen einige Vergünstigungen zu verschaffen.

Wir bitten daher an alle Herren Kollegen, die eine Versicherung abschließen wollen oder es schon getan haben, die Bitte, dies dem Vorstehenden unseres Verbandes, Herrn Gust. Stabe, melden zu wollen.

Der Vorstand des Verbandes der Kartonagefabrikanten für Dresden und Umgebung. Mögen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonagenindustrie alleamt ihrer Organisation anschließen; das möge die von ihnen zu ziehende Lehre aus dem „streng vertraulichen“ Mundschreiben der Unternehmer sein.

In Prag hat der angekündigte Streik der städtischen Straßenbahn-Angestellten begonnen.

Badische Chronik.

Durlach.

25. Februar.

Die Sprechstunde des Arbeitersekretärs fällt heute aus, da dieser dringende Obliegenheiten an anderer Stelle zu erledigen hat.

Die am Freitag, 21. ds. Mts. stattgefundene Bürgerauskunftung hatte sich mit einer 5 Punkte umfassenden Tagesordnung zu befassen. Es würde zu weit führen, alles das, was für und gegen die Vorlagen 1—3 gesprochen wurde, hier zu berichten. Der Redekampf war ein heißer; die sozialdemokratische Fraktion kann damit zufrieden sein. Die anwesenden Zuhörer — meistens Wirte — haben gesehen, was auf dem Rathaus Trumpf ist. Ein Mittel nur kann da Besserung schaffen, eine gerechtere Zusammenziehung des Bürgerausschusses durch Abschaffung des heutigen Klassenwahlrechts. Auf welchem geistigen Niveau mancher dieser Herren steht, zeigt sich am besten darin, daß einer derselben — so viel wir bemerken, war es Herr Semler — in den 3/4 Stunden nichts Besseres zu tun wußte, als mit Schlußworten sich bemerkbar zu machen. Besser wäre es doch, man würde sich erst mit dem Studium dieser hochwichtigen Fragen beschäftigen, wenn man aber das nicht will, doch ganz zu schweigen.

Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf die Aufhebung der Verbrauchssteuer auf Wein und Bier, der auf einen von Seiten

des Wirtvereins und einen von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion eingereichten Antrag zurückzuführen ist. Der Gemeinderat hat seinen ablehnenden Standpunkt schriftlich und in der Sitzung mündlich durch Herrn Bürgermeister Dr. Reichardt damit begründet, daß der finanzielle Ausfall im Vorausanschlag durch Umlagerhöhung gedeckt werden müsse. Genosse Hochschild begründete die Eingabe des Wirtvereins und schilderte die heutige bedrängte Lage der Wirte. Er kritisierte in längeren Ausführungen die gemeinderätliche Begründung und forderte Aufhebung des Oktrois. Genosse Weber legte den prinzipiellen Standpunkt unserer Fraktion in dieser Frage auseinander, nach welchem alle Mittel zu Kulturzwecken aus direkten Steuern erhoben werden sollten. Herr Heim glaubte, daß die Wirte doch nicht so schlecht gestellt seien; natürlich der Gläubige hat beim Verkauf seines Wirtschaftsanwensens ca. 50 000 M. profitiert. Bekannt ist aber auch, daß sich der Käufer bei diesem „Geschäft“ verpekuliert hat. Herr Gemeinderat Kandler (früherer Weinbändler) haute in die gleiche Kerbe, worauf ihm Weinbändler Schürhammer prompt erwiderte: „Wenn die heutigen Sandler so verfahren würden, wie die früheren, sähen sie alle im Zuchthaus. (Große Heiterkeit.) Herr Delisle ist für die Verbrauchssteuer im Gegensatz zu seinem Parteiprogramm; er sah keine Ausführungen in den Worten zusammen: „es gibt keine Regel ohne Ausnahme!“ (Auch ein Standpunkt!) Herr Glau trat warm für Aufhebung der Steuer ein, die eine ungerechte sei und schädigend auf einen einzelnen alteingesessenen Stand wirke. Er appellierte an den Mittelstand, sich nicht von dem Schreiben des „gemeinnützigen Vereins“ bei der Abstimmung beeinflussen zu lassen. Herr Bürgermeister Dr. Reichardt trat in seiner ihm eigenen Weise den verschiedenen Rednern entgegen und empfahl die Vorlage des Gemeinderats. Herr Wendlins Ausführungen sind dahin zusammenzufassen, daß er meinte, die 20 000 M. lieber durch Verbrauchssteuer als durch die Umlage erhoben zu wissen. Also der richtige Kapitalistenstandpunkt. Die Umlagerhöhung macht übrigens nicht 7 Pf., sondern laut Erklärung des Bürgermeisters ist die Umlage in der Sitzung auf 8—4 Pf. zusammengeschrumpft. Die Genossen Horst, Weber und Maye beleuchteten diese Frage nochmals vom sozialistischen Standpunkt aus, worauf die Abstimmung ergab, daß die Verbrauchssteuer weiter bestehen bleibt. Gegen dieselbe stimmte unsere Fraktion und einige bürgerliche Vertreter.

Der 2. Punkt betraf die Lehrmittelfreiheit. Ein von uns eingereicherter Antrag, der verlangte, daß dieselbe allmählich durchgeführt wird, vorläufig nur für die 1. Klasse. Gen. Horst begründete den Antrag und hob hervor, daß ein Schüler der höheren Lehranstalt ungefähr 240 M. Zusatz erfordert, ein Volksschüler aber nur ca. 50—60 M. So lange aber die bestehende Klasse noch das Budget nach ihrem Gutdünken ausgeben kann, es auch nicht verwunderlich erscheint, wenn der Gemeinderat dieser Frage ablehnend gegenübersteht. Herr Bürgermeister Dr. Reichardt vertritt den ablehnenden Standpunkt des Gemeinderats er wünschte zuerst die Erweiterung des Unterrichts — Ganztagschule u. — und betonte seinen persönlichen Standpunkt, daß das individuelle „Recht“ der Erziehung Sache der Eltern sei. Weiter meinte er, daß wir das Allmende abschaffen sollen. Wir wollen ihm nur davor, daß wir das dem Gemeinderat überlassen, der hat das bis jetzt besser verstanden. Wenn abgeschafft werden soll, sind wir wieder auf dem Damm. Die Herren May, Speck und Braun konnten sich ebenfalls nicht dafür erwärmen. Es sind fabenscheinige Gründe, wenn das erzieherische Moment in den Vordergrund geschoben wird, nachdem dort, wo diese Einrichtung besteht, die denkbar besten Erfahrungen damit gemacht werden. Mit Tatsachenmaterial traten die Genossen Kollwage (dem übrigens der Bürgermeisterposten in nahe Aussicht gestellt ist), Schaubhut, Horst und Weber den Bekämpfern unseres Antrages entgegen. Die Lehrmittelfreiheit wurde mit der gleichen Stimmenzahl wie bei Vorlage 1 abgelehnt.

Vorlage 3, die Volksschule in Durlach, die Ortszulagen der Lehrer betr. Der Gemeinderat beantragte, daß die Zulage von 250 M. den bereits hier ansässigen Hauptlehrern verbleiben soll, dagegen soll sie für die künftig eintretenden wegfallen und ihnen nur ein Zuschuß zum Wohnungsgeld im Betrage von je 100 M. gewährt werden. Von bürgerlicher Seite wurde warm dafür eingetreten, daß auch den zuziehenden Lehrern die gleiche Zulage gewährt werden solle. Herr Braun, selbst Lehrer, trat eifrig für seine Berufskollegen ein, er hätte aber beinahe die Unterlehrer dabei vergessen. Genosse Mehe präzisierete den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion und wünscht, schon im Interesse der Volksschule, tüchtige Lehrerkräfte heranzuziehen und die Ortszulage für dieselben zu bewilligen. Bei der Abstimmung ergab sich die Ablehnung des Antrages. Die Ortszulage wird also auch für die künftig eintretenden Lehrer weiterbezahlt. Zur Erörterung sei erwähnt, daß Herr Heim in der Diskussion für die Lehrer eintrat, beim Abstimmen aber gegen ihre Besserstellung war.

Zwei weitere Punkte betrafen Geländerverwerbungen, welche einstimmig genehmigt wurden.

Ettlingen.

25. Februar.

Am nächsten Samstag, 29. Febr., findet in der Festhalle der Faschnachtsball der Arbeiter statt. Die Mitwirkung dreier Vereine, des Gesangsvereins „Eintracht“, der „Freien Turnerschaft“ und des „Arbeitertafelherren-Vereins“, sowie die Gingelaufführungen garantieren für einen genussreichen Abend. Zum Tanzen ist reichlich Gelegenheit geboten.

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 60 Pf., an der Abendkasse 1 M. Vorverkaufsstellen: Die Wirtschaften „Traut“, „Löwen“, „Blume“, „Erbsen“, „Vad. Hof“, „Stern“, die Zigarrenhandlungen Rees und Dilger.

Am Sonntag Morgen findet bei „Traut“ ein musikalischer Frühstopp statt.

Der Bürgermeisteramt revidierte heute die Kasse des Schlachthausverwalters. Resultat der Revision: Verhaftung des Verwalters Stöber wegen Veruntreuung. Die Höhe der unterliegenden Summe beträgt ca. 250 M. für den Monat Februar; es ist also zu vermuten, daß die vorhergehenden Monate der Amtsverwaltung Stöbers auch erhebliches Manko aufweisen werden. Stöber war eine führende Person der Zentrumspartei, welche wir aber selbstredend — im Gegensatz zu der Gesplogtheit dieser Partei — nicht für die unethischen Taten ihres Anhängers verantwortlich machen wollen.

Bruchsal.

25. Februar.

— Erschossen hat sich der Seilergeselle Friedr. Ehrler aus Rönningen (Amt Emmendingen). Motiv der Tat soll verhärmte Liebe sein.

Freiburg.

25. Februar.

Freiburg-Gaslach. Die Gründung eines Arbeitergesangsvereins am hiesigen Plage hat gewisse Leute veranlaßt, mit einer mühen Agitation gegen denselben einzusetzen, welche von „christlichen“ Grundrassen wenig merken läßt, obwohl diese Leute sonst immer mit ihrem Christentum prahlen. Man bearbeitet die Leute nach allen Regeln, um sie von unserm Verein, dem man alles schlechte nachsagt, fernzuhalten. Die Hoffnung, den Verein in wenig Wochen zu vernichten — wie man zuerst ausposaunte — haben die Herren wohl inzwischen aufgegeben. Daß die Gründung eines Freien Gesangsvereins notwendig war, beweist jetzt schon die vorhandene große Mitgliederzahl und der Umstand, daß die Mitglieder es bis jetzt ablehnten, einem der bestehenden Hurra-Vereine beizutreten. Von zwei ehemaligen Gesangsvereinen ist nichts mehr vorhanden, als die Namen und der noch bestehende Verein leidet an der gleichen Krankheit wie die verstorbenen. Wer weiß, wie es ihm schon ergangen wäre, wenn nicht die Gründung unseres Vereins seine Mitglieder nochmals etwas auf die Beine gebracht hätte. Den Leuten von jener Seite, welche nicht davor zurückschrecken, einzelne unserer Mitglieder persönlich anzugreifen, sagen wir, sie sollten lieber vor ihrer eigenen Tür stehen. Wir verweisen nur auf die Schulden der eingegangenen Gesangsvereine.

Für die hiesigen Arbeiter muß diese Art der Bekämpfung nur ein Ansporn sein, noch fester als bisher zusammenzuhalten und immer neue Mitglieder für den Gesangsverein und den sozialdemokratischen Verein zu werben. Dann sollten sich unsere Freunde anstrengen, immer mehr Leser für unser Parteiblatt, den „Volkshilf“, zu gewinnen. Den Genossen teilen wir zur Berücksichtigung mit, daß die folgenden Geschäftsleute den „Volkshilf“ auflegen haben: Die Wirtschaften zum „Streichen“, „Marktgraben“, „Löwen“ und „Vier Jahreszeiten“, Friseur Killy und die Flaschenbierhändler Kern und Thiemke.

Der Stadtrat gibt bekannt, daß in den nächsten Tagen die Hauslisten ausgegeben werden, um die Aufstellung der Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen zu bewerkstelligen. Wahlberechtigt ist jeder Reichsangehörige, welcher das 26. Lebensjahr vollendet hat und

- a) seit zwei Jahren in Freiburg wohnt und eine selbständige Lebensstellung hat,
b) keine Armenunterstützung empfangen hat,
c) wer zur Zahlung von Gemeindeumlagen verpflichtet ist und dieselben für das letzte Jahr bezahlt hat.

Selbständig im Sinne des Gesetzes sind alle Arbeiter, die einen eigenen Haushalt haben, d. h. verheiratet sind. Wir bemerken ausdrücklich, daß es nicht notwendig ist, daß man bürgerlicher Staatsangehöriger ist. Wir eruchen alle Genossen, sich in die Hauslisten eintragen zu lassen. Sollte es ein Hausbesitzer „vergessen“, die Liste in Umlauf zu setzen, so müssen ihn die Mieter eben daran erinnern. Sichere sich jeder sein Wahlrecht. Bei jeder wichtigen Frage, die auf dem Rathaus zur Verhandlung kommt, werden die Interessen der Arbeiter berührt. Um nur eine Frage herauszugreifen: die Regelung der Arbeitslosenfrage drängt zur Lösung. Wie aber soll diese Frage im Sinne der Arbeiterklasse gelöst werden, wenn die Arbeiter keine Vertretung auf dem Rathaus haben. Glaube keiner, daß es auf eine Stimme nicht ankomme. Wären das letzte Mal nur 10 Genossen mehr zur Wahl gegangen, dann wären zwei von unseren Genossen gewählt gewesen. So darf es nicht wieder gehen. Sorge jeder dafür, daß er in die Wählerliste kommt. Jeder sehe sich aber auch in seinem Bekanntenreife um, daß auch alle unsere Wähler eingetragen werden. Was beim Aufstellen der Wählerlisten veräumt wird, läßt sich auch durch die eifrigste Agitation nicht mehr gut machen.

Die Zeitungen berichteten dieser Tage über das bewegte Leben des jüngst von einem Londoner Kriminalgericht wegen Verdröhung und Erpressung zu 20jähriger Zuchthausstrafe verurteilten Abenteurers, der sich verschiedene Namen u. a. auch den eines „Baron v. Beltheim“ beilegte. Wie die „Freiburger Zeitung“ jetzt erfährt, hat dieser abgefeimte, gewissenlose Verbrecher sich auch einige Zeit in Freiburg aufgehalten und hier eine seiner Heiratschwindelen verübt, womit er sich viel Geld machte. Wissenlos schritt er dabei über die Frauenchöre hinweg und brachte seine Opfer um Geld und Gut. Im Jahre 1905 lernte er in Freiburg die vermögende Witwe eines akademisch gebildeten Beamten kennen, für welche die Bekanntschaft zum furchtbaren Verhängnis werden sollte. Sie verliebte sich in den im Auftreten ungemein sicheren und gesellschaftlich sehr gewandten, damals etwa 45jährigen Mann. Er war eine große stattliche Erscheinung mit schwarzem Haar und Schnurrbart. Ständig ging er im Hause ein und aus und wurde auch in anderen besseren Familien eingeführt. Später verließ der Herr Baron die Witwe, die er um die Kleinigkeit von 50 000 M. angepömpelt hatte und als diese dann später auf Grund von Nachforschungen erfuhr, daß sie das Opfer eines Abenteurers geworden war, nahm sie sich das davor zu Herzen, daß sie während einer Reise in der Nähe von Braunschweig ihrem Leben freiwillig ein Ende machte. Sie schämte sich vor ihren Kindern, die auf ihr Vermögen rechneten.

Furtwangen.

25. Februar.

Die am letzten Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung hielt Genosse Grahl einen Vortrag über den zweiten Teil des Erfurter Programms. Seine trefflichen Ausführungen wurden von der Versammlung allgemein applaudiert, und schloß sich eine Diskussion an den Vortrag an. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, öfters solche Vorträge in den Mitgliederversammlungen abzuhalten, indem dieselben belehrend und befestigend für unsere Organisation wirken. Abends sprach Genosse Grahl in Börsenbad in einer öffentlichen Versammlung, über das Thema: „Sozialdemokratie, Liberalismus und Zentrum“. In einem 1 1/2 stündigen Vortrage erledigte Grahl seine Aufgabe in vorzüglichster Weise und wurden seine Ausführungen reichlich gefeiert. Wenn auch der Besuch der Versammlung im Börsenbad zur Arbeiterschaft in Börsenbad hätte besser sein können, so dürfen wir mit dem Resultat doch zufrieden sein. Dem Wunsche der Börsenbacher Genossen, alsbald wieder eine öffentliche Versammlung, wenn möglich Sonntag Nachmittag abzuhalten,

wird Rechnung getragen werden. Auch in den finstern Winkeln des Schwarzwaldes fängt es an zu tagen.

Das Landen, 26. Febr. Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier am letzten Sonntag.

Worheim, 25. Febr. Bei der Auerbrücke entdeckte man gestern in der Rogold die Leiche der 86 Jahre alten Witwe des Christian Ludwig A. A. B.

Oberkirch, 25. Febr. Die Stadtgemeinde Oppenau und die Gemeinde Griesbach haben gleich den anderen Gemeinden ebenfalls die Zustimmung zum Verkauf der Reichsbahn an den Staat gegeben.

Vom Schwarzwald, 25. Febr. In den letzten Tagen herrschten auf dem Höhenpaß des Notschnei bei ungemein starkem Sturm derartige Schneefälle, daß Leute mit Schneeschuhen beschäftigt und der Wahnslitten geführt werden mußte.

Bonnendorf, 28. Febr. Von den freien Höhen Bonnendorfs. Eine eigenartige Privatklage wegen Verleumdung beschäftigte am 14. ds. Mts. als letzter Punkt der Tagesordnung das Schöffengericht Bonnendorf.

Der „Bad. Beobachter“ ist auf die „Freien Höhen Bonnendorfs“ nicht gut zu sprechen, da ihm die Gegend „zu aufgeklärt“ erscheint.

Säckingen, 23. Febr. Katholisches Gesellenbegräbnis. Am „Säckinger Volksblatt“ vom 20. Februar wird der Selbstmord des Kaufmannslehrlings, welcher sich im katholischen Gesellenhaus hier zugetragen, behandelt.

Das Unerhörte leistete sich jedoch die fromme Stadtgemeinde Säckingen, indem sie den unglücklichen jungen Menschen wie einen Hund begraben wollte und verlangte, daß der Sarg nur 7 Mark kosten dürfe.

München, 24. Febr. Ueber einen Erpressungsversuch von seltener Frechheit macht der Polizeibericht Mitteilung. Ein hiesiger, reicher Kommerzienrat erhielt die Aufforderung, 100 000 Mark zu zahlen, widrigenfalls seine beiden Söhne ermordet würden.

Neulohheim, 25. Febr. Gestern Mittag wurde die gerichtliche Sektion der Leiche des auf so traurige Weise ums Leben gekommenen Tagelöhners Josef Kraus vorgenommen.

Mannheim, 25. Febr. Aus Ludwigsbafen wird berichtet: Einen schrecklichen Tod erlitt die 22 Jahre alte Ehefrau eines Eisenbahnbediensteten.

Kommunalpolitik.

Berghausen, 24. Febr. Am Donnerstag, 27. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet eine Bürgerausschuss-Sitzung statt.

Bretten, 21. Febr. Vom Bürgerausschuss. Mit einer Tagesordnung von 14 Punkten hatte sich die gestrige Bürgerausschuss-Sitzung zu befassen und wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat in Zukunft weniger Punkte auf die Tagesordnung setzte.

Die Aufhebung des Schulgelbs an der hiesigen Volksschule wurde schon früher gefordert und unser Genosse ist schon wiederholt in den Bürgerausschuss-Sitzungen dafür eingetreten.

Ein rücksichtiger Standpunkt nehmen die hiesigen Handwerksmeister in Bezug auf den dritten Jahreskurs der Gewerbeschule und die Angliederung einer Handwerkschule ein.

Der Kreditübertrag von 10 700 M. für die Errichtung eines Schwimmbades, sowie einer neuen Dampfesselanlage im Schlachthaus wurde die Zustimmung mit der üblichen Verwarnung an den Gemeinderat erteilt.

Zur Errichtung einer Bahn Bretten-Knittlingen-Vertingen-Körnach wurde die Geländerverwertung mit 25 000 M. sowie der Vorkauf mit 88 000 M. genehmigt.

Die Bittschrift der Gasarbeiter an den Bürgerausschuss wurde dem Gemeinderat überreicht und wird in der nächsten Bürgerausschuss-Sitzung vom Gemeinderat Bericht erstattet werden.

Neues vom Tage.

München, 24. Febr. Ueber einen Erpressungsversuch von seltener Frechheit macht der Polizeibericht Mitteilung. Ein hiesiger, reicher Kommerzienrat erhielt die Aufforderung, 100 000 Mark zu zahlen, widrigenfalls seine beiden Söhne ermordet würden.

Frankfurt a. M., 25. Febr. Am Dienstag voriger Woche erkrankte im Hause Morsfelder Landstraße ein 5-jähriges Kind und starb am gleichen Tage.

Gießen, 24. Febr. Ein dieser Tage abgehaltener Unteroffiziersball erfuhr dadurch eine für die Teilnehmer unliebsame Unterbrechung, daß der Regimentskommandeur Oberst v. Müller, nachdem er kurze Zeit auf dem Ball verweilt hatte, das Bataillon in der Kaserne alarmieren ließ.

Berlin, 25. Febr. Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde der 23-jährige Maurer Ernst Hübler, der von seiner Frau getrennt und mit einer 23-jährigen Wirtschafterin zusammen lebt, verhaftet.

Jansbrunn, 25. Febr. Eine Lawine zerstörte das in der Nähe von Gargellen belegene Besitztum der Witwe eines Stuttgarter Rechnungsrates.

Wien, 25. Febr. Wegen Familiengewaltigkeiten hat in der bei Wien gelegenen Sommerfrische Kalsburg der Kaufmann Ewald Kubitska seine Frau, seine Schwiegermutter und sich selbst erschossen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 26. Febr. Mühlsburg. Auf die heute Abend im Saalbau stattfindende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins, in welcher Genosse Willi referiert, sei nochmals aufmerksam gemacht.

Und die Volksschule? Wir lesen im Stadtratsbericht: „Der Oberschulrat machte dem Stadtrat Mitteilung über das Ergebnis der letzten, an der Gymnasialabteilung der Höheren Mädchenschule (Mädchenschule) vorgenommenen Besichtigung.“

Der lustige Abend des Arbeiter-Diskussionsklubs nahm gestern im Eintrachtsaal einen Verlauf, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, er zählte zu den bestgelungenen Veranstaltungen in der diesjährigen Karnevalsaison.

Der lustige Abend des Arbeiter-Diskussionsklubs nahm gestern im Eintrachtsaal einen Verlauf, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, er zählte zu den bestgelungenen Veranstaltungen in der diesjährigen Karnevalsaison.

Der lustige Abend

des Arbeiter-Diskussionsklubs nahm gestern im Eintrachtsaal einen Verlauf, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, er zählte zu den bestgelungenen Veranstaltungen in der diesjährigen Karnevalsaison.

Der lustige Abend des Arbeiter-Diskussionsklubs nahm gestern im Eintrachtsaal einen Verlauf, daß man ohne Uebertreibung sagen kann, er zählte zu den bestgelungenen Veranstaltungen in der diesjährigen Karnevalsaison.

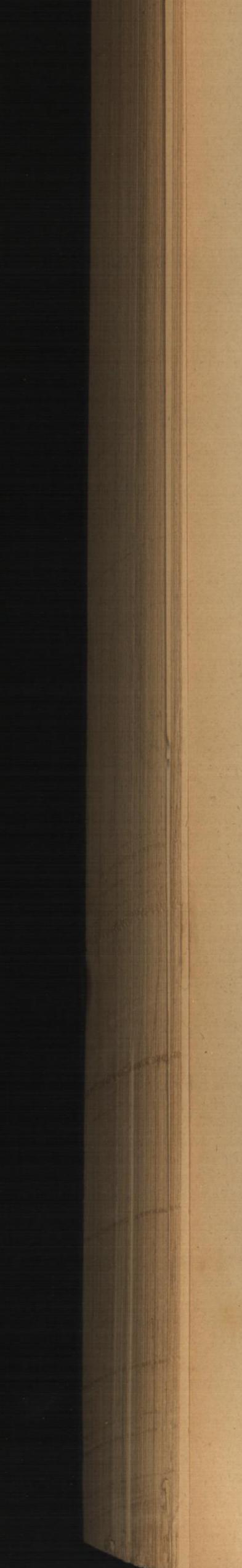
Sympathisch berührt es auch, daß man sich zunächst, wie es auch gestern durch Herrn Dr. Fischer geschah, an die Arbeiter wendet.

Der Mieter- und Bauverein Karlsruhe

hält auf Wunsch mehrerer Wohnungsmieter in Ruppurr eine Besprechung (siehe heutiges Inserat) ab. Es ist erfreulich, daß auch die Wohnungsmieter immer mehr zur Erkenntnis kommen, daß sie nur durch Anschlag an den Mieter- und Bauverein den Wohnungsmarkt verbessern können.

bill 1904er 1906er 1903er

Seite 7. Die Kleingeld... bill 1904er 1906er 1903er



Die kleinsten Beträge werden vom 1. Montag der auf die Eingahlung folgenden Woche an zurzeit mit 4% Prozent verzinst...

Dieses ersprießliche, dem allgemeinen Wohl dienende Unternehmen hat bis jetzt 50 Häuser mit 359 Wohnungen gebaut.

Jeder Wohnungsmieter sollte in seinem eigenen Interesse diesem ersprießlichen Unternehmen angehören.

Achtuhrladenschluß im Fleischergerberber

in Mannheim. Von dort wird berichtet: Im Fleischergerberber wurde nun auch der 8 Uhr-Ladenschluß eingeführt.

Der Entwurf einer Vereinbarung mit der Stadt Durlach wegen der Aufnahme von Abwässern aus der Gemarkung...

Das kinematographische Projektions-Unternehmen „The Royal Bio Co.“ auf dem diesigen Festhallenplatz...

Guttemplerorden. Am Sonntag Abend 8 Uhr veranstaltete die Loge „Allzeit getreu“ Nr. 5 des neutralen Guttemplerordens...

Reimbach durch ein Quartett von Hayden eingeleitet. Dasselbe war aus den Herren Dr. Dieber, Professor Kanger, Papierhändler Langer und Dr. Reimbach gebildet.

Das Stiefkind. Verhaftet wurde ein 25 Jahre alter verheirateter Tagelöhner aus Mundenheim, der dringend verächtlich ist...

Letzte Post.

Das Weingesetz.

Mainz, 25. Febr. Nach den neuesten Informationen der deutschen Weinzeitung wird der Weingesetzentwurf einer nochmaligen Umarbeitung unterzogen.

Nach Reformierung der deutschen Rechtspflege schreiben selbst Oberbürgermeister. In Berlin hielt am Montag Abend der Frankfurter Oberbürgermeister...

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung an den Fastnachttagen werden für den diesigen Hauptbahnhof in den Nächten vom 1./2., 2./3. und 3./4. März d. J. nachstehende Anordnungen getroffen:

Todesanzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel Albert May, Schlosser...

Verein Volksbildung Karlsruhe E. V. Einladung zu der Freitag, den 28. Februar 1908, abends 9 1/2 Uhr, im Aula der Technischen Hochschule (Eingang Schulstr.) stattfindenden Generalversammlung.

Mieter- und Bauverein Karlsruhe e. G. m. b. H. Wir laden die Wohnungsmieter von Rüppurr zu einer Besprechung über Erstellung von Wohnhäusern in Rüppurr...

Bekömmliche, reine und billige Tischweine offen in meinem Detailgeschäft: 1904er Kaiserstühler per Liter 70,- 1906er Schliengener " " 80,- 1903er Rotwein*) " " 70,-

Weingrosshdl. F. Bausback Amalienstr. 53 Telefon 1468. Sportwagen, gut erhalten, der neuen Fahrtr. im Umzug...

Neues Delikatess-Sauerkraut (Weingährung) Pfund 6 Pfg. Wageres Dörrfleisch Pfund 90 Pfg. Neue Linsen Riesen Pfd. 35 Pfg. große Pfd. 28 Pfg. mittel Pfd. 20 Pfg. Neue Bohnen weiße Pfd. 20 Pfg. braune Pfd. 15 Pfg. bunte Pfd. 20 Pfg. Neue Erbsen gelbe geschälte halbe Pfd. 18 Pfg. ganze Pfd. 20 Pfg. grüne geschälte halbe und ganze Pfd. 24 Pfg. empfohlen 760

Pfannkuch & Co. G. m. b. H. Telefon 460. In den bekanntesten Verkaufsstellen.

Bekanntmachung. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung an den Fastnachttagen werden für den diesigen Hauptbahnhof in den Nächten vom 1./2., 2./3. und 3./4. März d. J. nachstehende Anordnungen getroffen:

Gesangverein Hadenia. Die am Sonntag im Circus mitwirkenden Damen u. Herren werden höflichst er sucht, am Freitag, den 26. ds., abends pünktlich 8 1/2 Uhr sich zur Generalprobe in der Festhalle einzufinden...

Großer Abschlag 1. Limburger Käse per Pfd. 36,- 1. Stangenkäse per Pfd. 40,- Garantiert reiner Cacao per Pfd. 1.15 India Cacao per Pfd. 1.40 Kerzen Stearinkerzen 500 Gr.-Patet 53,- Philipp Luger u. Füllalen, Durlach. 751

Lüchtiger Maschinenschlosser. welcher imstande ist, Reparaturen an Lokomotiven und Lokomotiven selbstständig ausführen zu können, findet bei entsprechenden Leistungen gut bezahlte und dauernde Stellung. 870 Max Strass, Karlsruhe, Rheinbaben.

Das Weißeln von Küchenn. Zimmerplafonds wird gut und prompt ausgeführt. August Uehlein, Schwanenstr. 17, 5. Stod.

R. Liebegut Papierhandlung. Zirkel 24. Sämtl. Schularartikel zu billigsten Preisen.

Damenfahrrad gut erhalten, wird zu laufen gesucht. Offerten mit Preisangabe an die Exp. Maler, 2 tüchtige, finden dauernd Beschäftigung bei Emil Hof, Größigen, Malermeister. Sportwagen zweifelh. gut halten, mit Gummireif, zu kaufen gesucht. Lessingstr. 15, 2. St.

Circus Karlsruhe Festhallenplatz. Heute unwiderrüßlich letzter Tag. The Royal Bio Co. Größtes und bedeutendstes Projektions-Unternehmen des Continents. Haarscharf - Filmfrei. Kienprojektionen auf 80 qm Bildfläche. Heute Mittwoch nachm. 4 u. abends 8 Uhr 2 große Dank- und Abschiedsvorstellungen mit einem Paradeprogramm von 18 Ganznummern in höchster Vollendung und Extraeinlage unserer an Tonfülle unerreichten sprechenden musizierenden Sinfonien lebenden Fotografien. Konzert der eigenen Circuskapelle. Kassenöffnung 1 Std. vor Beginn der Vorstellung sowie von 12 bis 1 Uhr nachm. 865 Heute letzter Tag.

Gerwigstr. 6, 4. St., ist ein möbl. Zimmer zu verm. Gassenstr. 36, ist eine schöne Mansardenwohn. v. 1 Zim., Küche u. Keller auf 1. April zu vermieten. Näh. daselbst i. 2. St. Kinderwagen mit Gummireifen, sehr gut erhalten, ist billig zu verk. Luisenstr. 60, 55. p.

Codesanzeige.

Nach dem unerforschlichen Ratschluß der Redaktion haben sie mich gestern gedrückt und in Karlsruhe und Umgebung in tausenden von Exemplaren verschlungen. Dabei wurden Zwerchfelle erschüttert und Lachkrämpfe hervorgerufen.

Wer mich als einzelnes Exemplar zu beziehen wünscht, hat 3 Pfg. Porto seinem Zehner beizulegen. Dann komme ich als Drucksache an.

Die Knallerbs.

Arbeiter, greift zum Gewehr!

berlangt von Eurer Braut oder Frau vor allem ein gutes und gesundes Dauerbett, das ohne Reparaturkosten auf mindestens 20 Jahre garantiert. Das liefert direkt an Private als Spezialität **Steidlinger & Roth, Matratzenfabrik** Karlsruhe i. B., Vestingstraße 31.

Muster sowie Modelle versenden wir franco gegen franco. Versand frei Ihrer Bahnstation. Verpackung nehmen franco zurück. — Zeugnisse erhalten wir fast täglich, z. B. „Habe bereits Gelegenheit gehabt, während dieser Zeit mich von der Vorzüglichkeit Ihrer aufgedeckten Bettstoffe und Gellen-Obermatratzen zu überzeugen. Ihre Rüste sind in bezug auf Reinigung und Ausbesserung als eine geradezu ideale Einrichtung bezw. Verbesserung gegenüber den leitherigen zu verzeichnen.“

Karlsruhe, den 31. Oktober 1907. G. Fr. F. jungerer, findet Arbeit. Dinkel, Weibchen, sofort billig zu verkaufen. Julius Wölfe, Cafe Bauer 76, 8. St.

Reparaturen

von **Fahrrädern u. Nähmaschinen** werden prompt und billig ausgeführt bei **K. Hartung & E. Rüger** Marienstraße 58. Sämtliche Ersatzteile und Pneumatiks auf Lager. Vertreter der **Görnicke Westfalen-, Weil-, Victoria- u. Stahl-Fahrradwerke.** Bequ. Zahlungsbedingungen. Fahrräder von Mk. 85 an Nähmaschinen von Mk. 75 an

Telegramm.

Von vielen Brautpaaren wurde die Anfrage an uns gestellt, ob es uns nicht möglich sei, die für die

Möbelwoche

gewährten Begünstigungen noch einige Tage fort dauern zu lassen, da ihnen die Einkäufe vorige Woche nicht möglich waren. Wir haben uns deshalb entschlossen, die gestellten Wünsche zu erfüllen, indem wir die für die

Möbelwoche

festgesetzten, niederen Preise, welche allgemein **Sensation** erregten, was der große Umsatz, der in der vergangenen Woche erzielt wurde, beweist, noch diese Woche, einschließlich

Samstag den 29. Februar bestehen lassen.

Brautleute! Konsumenten!

Allen, die gute Möbel, Betten, Bettfedern, komplette Einrichtungen usw. einkaufen und viel Geld sparen wollen, ist noch diese Woche die günstigste Gelegenheit geboten, von ihrem Einkauf großen Nutzen zu ziehen; denn sie erhalten noch die für die

Möbel-Woche

maßgebend gewesenen niederen Preise. **Garantiescheine** werden auch diese Woche ausgegeben. Jedes Brautpaar erhält auch diese Woche ein schönes Geschenk. Beachten Sie die erschienene Spezialofferte.

S. Krämer

Möbel- und Bettenhaus

30 Kaiserstraße 30.

Lagerräume: 2 Böden und 4 Stockwerke. 848 **Eigene Polsterei** unter Leitung eines bewährten Werkmeisters.



Welt-Kinematograph

G. m. b. H.

Ständige kinematographische Institute in Städten des In- u. Auslandes. Ausgedehnte Reisegeschäfte. **Sigene kinematographische Aufnahmen.**

Unser kinematographisches Institut befindet sich

Kaiserstr. 133.

In lebenden Bildern bieten wir dar:

Weltreisen-, Militär-, Marine-, Sport-, Lokal- und Verwandlungsbilder.

Belehrende sowie streng dezente dramatische und humoristische Aufnahmen. Aktualitäten, Feiern und phantastische Aufnahmen. Vorführungsrecht des besten Systems Sprechender, singender und musizierender Photographien. **Jeden Donnerstag vollständig neues Programm.**

Preise: Für Erwachsene I. Platz 80 Pfg., II. Platz 50 Pfg., III. Platz 30 Pfg. Militär, Kinder und Vereinsmitglieder (letztere mit Legitimationskarten) I. Platz 60 Pfg., II. Platz 40 Pfg., III. Platz 20 Pfg. Abonnements für Erwachsene in Heftchen, à 12 Karten, I. Platz 8 Mk., II. Platz 5 Mk., III. Platz 3 Mk. Abonnements für Kinder in Heftchen, à 12 Karten, I. Platz 6 Mk., II. Platz 4 Mk., III. Platz 2 Mk.

Täglich ununterbrochen Vorstellungen von nachmittags 2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von vormittags 11 Uhr ab.

Um geneigten Zuspruch bittet

Die Direktion. 864

Raucht Eckstein-Zigaretten! Nr. 5



Diese rühmlichst bekannte Zigarettenmarke wird auch nach Einführung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität u. Handarbeit hergestellt.

Preis: 10 Stück 25 Pfg.

Der enorme Konsum befähigt die Fabrik, die Zigarrenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen.

Man verlange ausdrücklich:

Eckstein's Nr. 5

und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma „A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt. Ueber 1000 Arbeiter.

Vertreter: **Wilhelm Lutz, Karlsruhe.** Hirschstrasse 90.

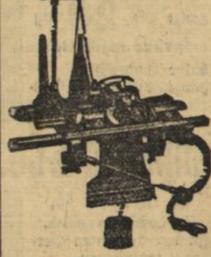
Zahlung erst nach vollständiger Ausrottung

Telephon 2340 Telephon 2340
Erste Badische Versicherung gegen Ungeziefer
vormals Erste Karlsruher Versicherung
Litzgens & Springer, Inhaber: Anton Springer.
Direktion: Karlsruhe i. B., Markgrafenstraße 52.
General-Agentur: Mannheim. Haupt-Agenturen: Heidelberg, Pforzheim, Baden-Baden, Rastatt, Bruchsal.
Radikale Ausrottung von sämtlichem Ungeziefer nach einzig konfurrenzlos, erfolgreichstem System gegen weitgehendste Garantie. 538
Erste und größte Desinfektionsanstalt Süddeutschlands. — Langjährige Erfahrung. — Feinste Referenzen. — Bis dato die erfolgreichsten Resultate erzielt.

Sanften langanhaltenden Schnitt

hat meine Spezialmarke „Hummel-Rasiermesser“. In allen Breiten vorrätig. Alle Rasiermesser werden bei mir sorgfältig sachgemäß geschliffen mit voller Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts. 2344

Karl Hummel, Karlsruhe, Werderstraße 13.



Strickmaschine.

Außerordentliche Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Fallmaschinen, große Nadelersparnis. Strickunterricht gratis. Maschinen stets vorrätig am Lager.

Schwinn & Ehrfeld, Karlsruhe, Telefon Nr. 102, Kaiserstraße 99 (früher Kaiserparorama).

Alleinverkauf der berühmten Strickmaschinen-Fabrik **E. Dubied, Courvet (Schweiz).** Weltausstellung Paris 1900 Grand Prix (höchste Auszeichnung). 7526,26

Lorenz Graf

Karlsruhe Ecke Marlen- u. Augartenstr.

Zigarren Zigaretten

Rauch-, Kau- und Schnupftabake En gros, en détail.

Wilh. Eckert

Uhrmacher, Marienstr. 2, nebst dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in **Taschen- u. Wanduhren, Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 14 far. gestempelt, das b. M. 12-27. Bismarckstr. 2.

Schränken ca. 1,20 hoch zu kauf. gezeichnet. Schreiner, Hauptstr. 200, 84